Nummer 205 / Februar 2018

vpod bildungspolitik
Zeitschrift für Bildung, Erziehung und Wissenschaft

Bildung in Zeiten der Digitalisierung

Für ein ganzheitliches Bildungsverständnis und gute Rahmenbedingungen für die Unterrichtsentwicklung

Regionalteil Basel
GE vpod basel lehrberufe

Sektion Zürich Lehrberufe
vpod zürich Pflichtlektion

Inhalt

Bildung in Zeiten der Digitalisierung

Was es beim Einbezug von Smartphone und Computer im Unterricht zu berücksichtigen gilt.

05 Fit mit digitalen Kompetenzen
Wettbewerbs- und Arbeitsmarktfähigkeit stehen im Zentrum des Digitalisierungsdiskurses.

06 Mit digitalem Knowhow Platons Höhle verlassen
Zwei Bücher über die emanzipatorischen Potentiale digitaler Medien.

08 Digitale Schule?
Um die Chancen von Digitalisierung an der Schule nutzen zu können, braucht es Konzepte und Ressourcen.

10 Teilhabe an der digitalen Welt
Lesen und Schreiben verändern sich. Was bedeutet dies für das Lehren und Lernen?

12 Schule zwischen 0 und 1
Eiin Bericht vom Hochschultag der PH Zürich.

13 Fürchtet euch nicht!
Ein Kommentar zum Digitalisierungsbericht des Bundesrates.

14 Warum Latein sich noch lohnt
Vom Nutzen einer alten Sprache in Zeiten der Digitalisierung.

Pflichtlektion Zürich

15 – 18 Das Mitgliedermagazin der Sektion Zürich Lehrberufe
– Selektion wie vor zwanzig Jahren? Nein, danke!
– Entlassungen an der EB Zürich
– Roseli Ferreira sagt «adeus»
– 10ni-Pause und Agenda

Aktuell

19 Reflexive Haltung wichtig
Von Beginn ihrer Unterrichtstätigkeit an sollten Lehrpersonen zu Selbstkritik ermutigt werden.

22 Sprachmittlung im Fokus
Ein Bericht zur Tagung der Arbeitsgemeinschaft zur Förderung des mehrsprachigen Unterrichts.

23 Was der Nachteilsausgleich bedeutet
Die Kolumne des Vereins für eine Volksschule ohne Selektion.

28 Kurznachrichten

Film

24 Angelus Novus
Ein Film über Kinderalltag im Zeichen von Migration, Ängsten und Hoffnung für die Zukunft.

Bücher

26 Smartphone-Demokratie

27 Weiterbildung nach Marktlogik

Basel Lehrberufe

29 – 31 Regionalteil beider Basel
– Videoportfolio statt Lehrprobe
– Tagesschulen für Basel-Land
– KollegInnen im Portrait: Silvia Fankhauser

vpod b Zeitschrift für Bildung, Erziehung und Wissenschaft

vpod bildungspolitik 205
Februar 2018

Ausgewählte Artikel der aktuellen Nummer der vpod bildungspolitik sind auch auf unserer Homepage zu finden. Jeweils zwei Monate nach Erscheinen sind die vollständigen Hefte als pdf abrufbar: **vpod-bildungspolitik.ch**

Impressum

Redaktion / Koordinationsstelle

Birmensdorferstr. 67
Postfach 8279, 8036 Zürich
Tel: 044 266 52 17
Fax: 044 266 52 53

Email: redaktion@vpod-bildungspolitik.ch
Homepage: www.vpod-bildungspolitik.ch

Herausgeberin: Trägerschaft im Rahmen des Verbands des Personals öffentlicher Dienste VPOD

Einzelabonnement: Fr. 40.– pro Jahr (5 Nummern)
Einzelheft: Fr. 8.–

Kollektivabonnement: Sektion ZH Lehrberufe; Lehrberufsgruppen AG, BL, BE (ohne Biel), LU, SG.

Satz: erfasst auf Macintosh
Layout: Sarah Maria Lang, Brooklyn
Titelseite Foto: coolwaterman / photocase.de
Druck: Ropress, Zürich

ISSN: 1664-5960

Erscheint fünf Mal jährlich

Redaktionsschluss Heft 206:
19. März 2018

Auflage Heft 205: 2800 Exemplare

Zahlungen:
PC 80 - 69140 - 0, vpod bildungspolitik, Zürich

Inserate: Gemäss Tarif 2011; die Redaktion kann die Aufnahme eines Inserates ablehnen.

Redaktion
Verantwortlich im Sinne des Presserechts
Johannes Gruber

Redaktionsgruppe
Susanne Beck-Burg, Christine Flitner, Fabio Höhener, Markus Holenstein, Ute Klotz, Ruedi Lambert (Zeichnungen), Thomas Ragni, Martin Stohler, Ruedi Tobler, Peter Wanzenried

Beteiligt an Heft 205
Béa Bieber, Silvia Fankhauser, Roseli Ferreira, Daniela Freisler-Mühlemann,
Beatrice Friedli Deuter, Benno Mächler, Katrin Meier, Esther Menet, Roland Näf, Dimitri Paskoski, Holger Twele, Kerstin Wenk, Sybille Zürcher

Foto: coolwaterman / photocase.de

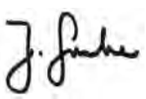
Wenn economiesuisse zu einer Medienkonferenz mit dem Titel «Digitalisierung: Herausforderungen und Chancen für die Schule» einlädt, muss man wohl das Schlimmste befürchten. So dachte ich mir zumindest, als ich das E-Mail mit der Einladung las. Ich staunte nicht wenig, als Rudolf Minsch, der auch für Bildungsfragen zuständige Chefökonom des Verbandes, in seinem Vortrag die Bedeutung ganzheitlicher Bildung und Ausbildung betonte. Als er eine Studie des World Economic Forums aus dem Jahre 2016 anführte, schien er selbst von deren Ergebnissen überrascht zu sein. Heute wie in den nächsten Jahren, so die Studie, seien die wichtigsten Anforderungen an ArbeitnehmerInnen Problemlösungsfähigkeiten, soziale Kompetenzen, kritisches und prozessuales Denken sowie Beurteilungs- und Entscheidungsfähigkeit.

Dass economiesuisse in seiner Medienerklärung wie eh und je die Bedeutung von Mathematik, Naturwissenschaften und Schulsprache hervorhob, ist wenig überraschend. Fachwissen und Spezialkenntnisse jedoch haben in Zeiten schnellen digitalen Wandels mitunter ein baldiges Verfallsdatum, so Rudolf Minsch: «Die Schule muss darum breit und ganzheitlich ausbilden und die jungen Menschen dahingehend fördern und fordern, dass sie sich bestmögliche Fach-, Handlungs-, Selbst- und Sozialkompetenzen aneignen.»

Hinsichtlich der Unterrichtsformen sprach Minsch von einer gewissen Desillusionierung hinsichtlich des Einsatzes von E-Learning-Tools. Man habe feststellen müssen, wie wichtig soziale Interaktion für Lernprozesse ist. In diesem Sinne sei etwa auch ein Unterricht abzulehnen, der vorwiegend aus monologisierenden Power-Point-Vorträgen von Lehrpersonen bestehe. Zu empfehlen sei dagegen ein möglichst vielfältiger Unterricht, der Kreativität und Neugier fördere und auch Erfahrungen von Gemeinschaft ermögliche.

Diese bemerkenswerte reformpädagogische Läuterung von economiesuisse ändert nichts daran, dass der Einsatz von digitalen Werkzeugen sich in den Schulen ebenso durchsetzen wird, wie dies in der Gesellschaft bereits geschehen ist. Dementprechend verweist der Verband auf das riesige Ausbaupotential hinsichtlich digitaler Unterrichtsmittel und empfiehlt «Blended Learning» – ein Konzept, das auf eine ausgewogene Kombination von Präsenzunterricht und E-Learning zielt.

Auch die vorliegende Nummer 205 der «vpod bildungspolitik» diskutiert die Rahmenbedingungen, Chancen und Risiken digitalen Lernens. Auch wir sind der Ansicht, dass ein sinnvoller Ausbau von Kenntnissen in Informatik und Kommunikationstechnologien keinesfalls auf Kosten von Allgemeinbildung und Sozialkompetenzen erfolgen darf. Zudem ist die Entwicklung und Einführung neuer Unterrichtsformen eine zentrale bildungspolitische Herausforderung, die nicht auf die Lehrpersonen abgewälzt werden darf. Hierzu braucht es neben Konzepten auch Ressourcen. Was an der Medienkonferenz von economiesuisse fehlte, war ein klares Bekenntnis zur steuerfinanzierten öffentlichen Schule. Ohne zusätzliche Mittel für schulische Infrastruktur und Weiterbildung der Lehrpersonen ist ein zeitgemässer, guter Unterricht mit einem systematischen Einbezug digitaler Medien nicht zu haben.



Johannes Gruber
vpod bildungspolitik

Bildung in Zeiten der Digitalisierung

Bild: nazar12 / Fotolia.com

Mit digitalen Kompetenzen fit werden

Der Diskurs über «Digitalisierung» fokussiert einseitig auf Aspekte ökonomischer Wettbewerbsfähigkeit. Das Bildungssystem soll verstärkt auf die Vermittlung digitaler Kompetenzen ausgerichtet werden. Dafür braucht es jedoch Konzepte und Ressourcen. Von Johannes Gruber

Das Schlagwort der Stunde lautet wohl «Digitalisierung». Unter diesem widmen sich wissenschaftliche Studien, Zeitungsartikel und politische Vorstösse dem aktuellen technischen Wandel. Oftmals unter dem Vorzeichen der «Wettbewerbsfähigkeit»: Weit verbreitet sind Befürchtungen, dass wir wirtschaftlich abgehängt werden, wenn wir die neuen Technologien verschlafen. Obwohl diese so neu gar nicht sind – Computer gibt es bereits seit Jahrzehnten –, sind es drei Entwicklungen, die die jetzige Phase der Digitalisierung insbesondere prägen «**1.** Die Etablierung eines öffentlichen, jederzeit verfügbaren und globalen Netzwerks für den Austausch der digitalen Daten, das Internet [...] **2.** Die fortlaufende Miniaturisierung und Beschleunigung der Hardware [...], [so] dass heute eine wachsende Anzahl von Menschen einen hochleistungsfähigen Computer in Form eines Smartphones auf sich trägt und dabei ständig online ist [...] **3.** Big Data bietet die Grundlage für die Komplexität in der Informationsverarbeitung» (Gallusser & Ringger 2017, S. 16f.). Hinzu kommen Entwicklungen wie «künstliche Intelligenz» oder das «Internet der Dinge», die sich noch im Anfangsstadium befinden.

Wandel der Arbeit

Mit der Digitalisierung gehen auch Veränderungen bei der Arbeitsweise und den Arbeitsbedingungen einher. Mit der Möglichkeit ortsunabhängig zu arbeiten, wird etwa die Grenze zwischen Arbeit und Freizeit unschärfer. Die Möglichkeit per Homeoffice zu arbeiten kann punktuell eine Erleichterung darstellen, Studien zeigen jedoch auch, dass Produktivität und berufliche Chancen bei denjenigen sinken, die viel und dauerhaft von zuhause aus arbeiten; zudem werden Risiken (Ergonomie, Datenschutz etc.) auf Arbeitnehmende abgewälzt. Durch die digitalen Technologien steigen auch die Möglichkeiten für die Arbeitgeber, die Arbeitnehmenden zu überwachen und die Leistung zu messen: «Zu denken ist hier etwa an die Kontrolle von Bewegungsmustern, real-time Kontrolle von Arbeitsleistungen, visuelle Kontrolle sowie Kontrolle von Gebrauch und Inhalt von Kommunikationsmitteln wie Mail oder Chats sowie Datenflüsse.» (SGB, S. 10) Die neuen Technologien können auch dazu führen, dass an die Stelle von Beschäftigungsverhältnissen Strukturen von Scheinselbständigkeit treten (Plattformarbeit, Gig-Work, Uberisierung, Crowdwork).

Mehr Querschnittkompetenzen, mehr IKT-Fachkräfte

Eine kritische Auseinandersetzung mit Funktionen und Folgen der Digitalisierung findet bisher noch zu wenig statt – zumindest jenseits konservativer Kulturkritik. Der Hauptstrom der Debatten über Digitalisierung betont die Notwendigkeit der volks- und betriebswirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit und der Arbeitsmarktfähigkeit der Einzelnen. Bezeichnend ist hierfür der Digitalisierungsbericht des Bundesrates, der diesbezüglich grosse Herausforderungen für das Bildungs- und Forschungssystem der Schweiz erkennt, auch wenn letztlich das Fazit des Berichts lautet, dass die Schweiz bisher ausserordentlich erfolgreich gewesen und weiterhin gut aufgestellt sei.[1] Nichtsdestotrotz solle das Bildungssystem so angepasst werden, dass Kenntnisse in Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) und Querschnittkompetenzen gestärkt werden, diese seien künftig «absolut unverzichtbar», «um am Arbeitsmarkt bestehen und sich in einer zunehmend digitalisierten Gesellschaft behaupten zu können» (Bericht 2017 S. 100). Neben der Vermittlung von übergreifenden Kompetenzen für alle brauche es aber auch mehr IKT-Fachkräfte Der derzeit feststellbare «ungedeckte Fachkräftebedarf» stelle «auch aus Unternehmersicht das mit Abstand grösste Problem für den weitergehenden Einsatz von IKT dar. Das Potenzial für eine zusätzliche Mobilisierung von Fachkräften ist beschränkt. Daher ist es entscheidend, das Interesse der Kinder und Jugendlichen an den MINT-Fächern (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften, Technik) früh genug zu wecken.» (Bericht 2017, S. 96)

> **«Eine kritische Auseinandersetzung mit Funktionen und Folgen der Digitalisierung findet bisher noch zu wenig statt»**

Stand der Digitalisierung an Schulen und Hochschulen

Die Situation in den einzelnen Sektoren des Bildungssystems stellt sich dem Bericht des Bundesrates zufolge unterschiedlich dar. Während die drei sprachregionalen Lehrpläne für die obligatorische Schule die Vermittlung technischer Kompetenzen und von Konzepten der Datenverarbeitung vorsehen, sei Informatik am Gymnasium bisher lediglich ein fakultatives Fach. Um allen Schülerinnen und Schülern eine breite Grundbildung in Informatik zu vermitteln, werde derzeit überlegt dies zu ändern und Informatik als obligatorisches Fach am Gymnasium einzuführen.[2]

In der Berufsbildung wiederum stelle sich die Herausforderung sich verändernder Berufsbilder mit einem entsprechenden

1 Vgl. hierzu die Polemik Thomas Ragnis auf Seite 13 dieser Ausgabe, in der der Bericht als «Beruhigungspille» charakterisiert wird.

2 Gesicherte Daten hinsichtlich der IKT-Kompetenzen von Schweizer SchülerInnen und Lehrpersonen liegen bisher kaum vor (vgl. Sieber, Bachofner & Briner 2017). Eine Ausnahme stellt die «International Computer and Information Literacy Study» (ICILS) von 2013 dar, nach der sich die Kompetenzen der Schweizer SchülerInnen im internationalen Mittelfeld bewegen. Zurzeit findet mit ICILS 2018 eine Neuauflage der Studie mit erweitertem Instrumentarium statt.

Literatur

- Bericht des Bundesrates (2017) in Erfüllung der Postulate 15.3854 Reynard vom 16.09.2015 und 17.3222 Derder vom 17.03.2017. Auswirkungen der Digitalisierung auf Beschäftigung und Arbeitsbedingungen – Chancen und Risiken.
- Medienmitteilung des Bundes vom 8.11.2017: «Bundesrat will Grundkompetenzen am Arbeitsplatz stärken».

https://www.admin.ch/gov/de/start/dokumentation/medienmitteilungen.msg-id-68714.html

- Gallusser, Martin & Beat Ringger (2017): «Digitale Revolution. Eine Einführung in Stichworten».. In: Hans Baumann et. al. (Hg.): Technisierte Gesellschaft. Bestandsaufnahme und kritische Analyse eines Hypes. Denknetz-Jahrbuch 2017, Zürich. S. 13-35.
- SGB (2017): Digitalisierung muss den Berufstätigen nützen: Analyse und Handlungsbedarf. Nr. 125
- Sieber, Pascal; Philipp Bachofner & Norman Briner (2017): Zeitgemässe Digital- und Lehrumgebung für die Schweizer Schulen. https://asut.ch/asut/media/id/967/type/document/Studie_Pascal_Sieber_Partners_digitale_Kompetenzen_November_2017.pdf

Wandel «beruflicher Grundbildungen». Laufend verschwinden und entstehen neue Berufe und die dazugehörigen Ausbildungen und Berufsbezeichnungen. Hier sei zentral, die Lerninhalte rascher an die Marktanforderungen anzupassen.

Zu den Hochschulen fällt den VerfasserInnen des Berichts nicht viel mehr ein, als dass dort bereits IKT-Spezialisten ausgebildet werden und dies wohl weiter an Bedeutung gewinnen werde.

Weiterbildung auf eigene Verantwortung und Kosten?

Relativ ausführlich wird im Bericht auf die Notwendigkeit von Weiterbildung als Form des «lebenslangen Lernens» verwiesen: «Um den Anforderungen der digitalen Arbeitswelt gewachsen zu bleiben, werden teilweise Weiterbildungen unumgänglich sein.» (Bericht 2017, S. 99) Angesichts dessen ist es aus gewerkschaftlicher Perspektive mehr als bedenklich, dass das vor einigen Jahren eingeführte Weiterbildungsgesetz primär die Eigenverantwortung und Selbstfinanzierung der Einzelnen betont. Dass das Eidgenössische Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung (WBF) nun im Auftrag des Bundesrates «ein Konzept zur Weiterbildung von geringqualifizierten und insbesondere älteren Arbeitnehmenden» ausgearbeitet hat, ist dagegen ein Schritt in die richtige Richtung. Dem Konzept folgend hat der Bund nun auf Basis des Berufsbildungsgesetzes einen Förderschwerpunkt «Grundkompetenzen am Arbeitsplatz eingerichtet und fördert damit die Teilnahme an Kursen, «die auf die konkreten Anforderungen des Arbeitsplatzes abgestimmt sind», in denen «sich Arbeitnehmende beispielsweise grundlegende Kompetenzen im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnologien IKT, der Sprache oder der Alltagsmathematik aneignen, die es ihnen erlauben, Arbeitsrapporte elektronisch auszufüllen, Messungen und Produktcodes zu protokollieren, Berechnungen und Umrechnungen vorzunehmen, Dosierungsanweisungen zu befolgen oder den Computer für einfache Bedienungen zu nutzen» (Medienmitteilung Bund am 8.11.2017). Der Förderschwerpunkt ist erst einmal auf die Jahre 2018-2020 befristet und mit 13 Millionen Franken budgetiert. Wenn allerdings Digitalisierung tatsächlich zu verschärftem Wettbewerb führt, darf bezweifelt werden, ob eine solche Massnahme wirklich mehr ist als der sprichwörtliche Tropfen auf den heissen Stein.

VPOD-Thesenpapier in Arbeit

Für die Vermittlung digitaler Kompetenzen an Schulen und Hochschulen braucht es neue Konzepte. Es darf jedoch nicht sein, dass diese Aufgabe den Lehrpersonen allein aufgebürdet wird, ohne dass dafür die nötige Infrastruktur sowie entsprechende Ressourcen und Know-how zur Verfügung stehen.

Die VPOD-Lehrpersonen erarbeiten gerade ein Thesenpapier über die nötigen Rahmenbedingungen für den Einsatz der digitalen Medien an Schulen und Hochschulen. Dieses wird unter anderem Fragen der medienpraktischen und -kritischen Ausbildung der Lehrpersonen, die Anrechnung des steigenden Aufwands an die Arbeitszeit, des Datenschutzes und der Abgrenzung von Beruf und Privatleben betreffen. Hinsichtlich der Infrastruktur muss unter anderem geklärt werden, wer für technischen Support im Schulhaus verantwortlich ist. Die weit verbreitete Praxis, dass Lehrpersonen und SchülerInnen mit ihren eigenen Geräten arbeiten («Bring your own device») macht zudem Regelungen bezüglich des Daten- und Virenschutzes sowie der finanziellen Abgeltung erforderlich.

Mit der «Digitalisierung im Bildungsbereich» stellen sich also auch viele Fragen zu den Arbeitsbedingungen. Der VPOD wird dazu beitragen, dass Antworten gefunden werden, die den Anliegen der Lehrpersonen gerecht werden. ■

Mit digitalem Knowhow Platons Höhle verlassen

Michels Serres Schrift «Erfindet euch neu!» und der Ratgeber «Digitale Kompetenz» vermitteln Anregungen für emanzipatorischen Gebrauch und Reflexion digitaler Medien im Unterricht.

Von Johannes Gruber

Während die aktuellen Diskurse über Digitalisierung von wirtschaftlichen Zwängen und Gefahren sprechen, sieht der Philosoph und Wissenschaftshistoriker Michel Serres seit den 1970er Jahren mit den neuen Technologien auch eine neue Welt und einen neuen Menschen am Entstehen. Diesen zeichnet eine neue Lebensweise aus, besonders was das Kommunikationsverhalten, aber auch die Wahrnehmung der Welt betrifft. Die Generation, die während des gesellschaftlichen Wandels der letzten zehn Jahre sozialisiert wurde und diesen nun vorantreiben wird, nennt Serres liebevoll «kleine Däumlinge» – in Anspielung auf den Habitus der Smartphone-NutzerInnen, die sich mit dem Daumen auf dem Touchpad in der Welt bewegen. Ganz bewusst verwendet er dabei im Singular die weibliche Form «Petite Poucette», mit der er im französischen Original auch seine Schrift zur gesellschaftlichen Transformation in Zeiten der Digitalisierung betitelt (deutscher Titel: «Erfindet euch neu!»). Dieser Umbruch sei nicht zuletzt geprägt durch einen Sieg der Frauen, die sich durch ihren Fleiss und ihre Ernsthaftigkeit in der Berufswelt immer mehr durchsetzen.

Zugang zum Wissen verändert die Schule

In Schule und Studium lassen sich die kleinen Däumlinge nicht mehr mit fertigem Wissen abspeisen, das sie sich selbst kinderleicht mit dem Smartphone aneignen können: «Däumelinchen, Codename für die Studentin, die Patientin, die Arbeiterin, den Angestellten, den Regierten, den Passagier, die Elektrikerin, den Heranwachsenden oder Jugendlichen, was sage ich, das Kind, den Verbraucher, kurzum: jene Namenlosen des öffentlichen Raums, die man Bürgerinnen und Bürger nennt, Däumelinchen also kann, wenn sie nur vorher eine kluge Seite im Netz besucht hat, gerade soviel oder mehr über den behandelten Gegenstand, die anstehende Entscheidung, die veröffentlichte Information, die Gesundheit, die Körperpflege etc. wissen wie ein Lehrer oder Meister, ein Direktor oder Leiter, ein Journalist, ein Verantwortlicher, ein Wirtschaftsboss, ein gewählter Volksvertreter, selbst ein Präsident» (Serres 2013, S. 61).

Dieser neue Zugang zum Wissen für alle, den das Internet ermöglicht, hat Auswirkungen auf die Institution Schule ebenso wie auf die Vorstellung von Bildung. An die Stelle der blossen Reproduktion von Wissen, so Serres, treten Intuition und Erfindungsfreude, eine Vielheit gleichberechtigter Stimmen, die Befreiung der Körper von schulischer Disziplinierung. Auf Platons Höhlengleichnis anspielend setzt er dabei das Klassenzimmer mit der Höhle gleich, die den Menschen den Zugang zum wahren Wissen bis anhin versperrte: «Die kleinen Däumlinge, die Gefangenen von einst, befreien sich von den Ketten, die sie in der jahrtausendealten Höhle auf ihren Sitzen gehalten hatten, still und stumm, mit festgewachsenen Hintern und versiegelten Lippen» (Serres 2013, S. 38). Für einen anderen Vergleich stellt er dem Klasssenzimmer ein Vehikel, zum Beispiel

ein Auto oder Flugzeug, gegenüber. Während die Schülerinnen und Schüler von gestern auf ihren Schulbänken Passagieren mit einer passiven, entspannten Körperhaltung glichen, so erfordre Däumelinchens Tätigkeit am Laptop den «aktiven, gespannten Körper einer Fahrzeuglenkerin» (Serres 2013, S. 38)
«Digitale Kompetenz – Was die Schule dazu beitragen kann» nennen Werner Hartmann und Alois Hundertpfund ihr instruktives Buch, das anhand zahlreicher Praxisbeispiele aufzeigt wie die Schule digitale Kompetenzen fördern kann. Wie Serres sind sie der Ansicht, dass das prinzipiell allen und zu jeder Zeit zugängliche Internet das Rollenbild der Lehrpersonen verändert hat: «In den Mittelpunkt rückt zunehmend der Umgang mit Konzepten, Strukturen und Zusammenhängen.» (Hartmann & Hundertpfund 2015, S. 6).

Tipps für die Unterrichtspraxis

In zehn Kapiteln schildern die Autoren, wie im Schulunterricht relevante digitale Kompetenzen vermittelt werden können.

Vorgestellt werden Techniken zur Selektion und Reduktion von Information und Wissen aufs Wesentliche sowie der Quellenkritik. Die SchülerInnen sollen lernen, eine sinnvolle Auswahl aus den im Internet vorhandenen Informationen zu treffen und deren Stichhaltigkeit einzuschätzen (I).

Im Unterricht sollte nicht nur behandelt werden, welche Kommunikationsmöglichkeiten existieren, sondern diese auch eingesetzt werden. Dabei ist zu thematisieren, welche – zumindest teilweise medienspezifischen – Regeln es zu berücksichtigen gilt, wenn man sich vertieft und reflektiert verständigen will (II).

Nach Ansicht der Autoren ist die Schule das ideale Labor, um Kritik einzuüben. Sie empfehlen Formen der Projektarbeit und des entdeckenden Lernens, bei denen das Lernergebnis nicht bereits im Vorhinein feststeht. Leistungsbeurteilungen sollten nicht auf Faktenwissen ausgerichtet sein, sondern Gruppenarbeiten einbeziehen, den Lernweg und Irrtümer über Dokumentationen und Portfolios berücksichtigen (III).

Die Vielfalt an verfügbarem Wissen ermöglicht auch, einen produktiven Umgang mit kulturellen und sozialen Unterschieden zu erlernen, indem man etwa Medienberichte kritisch überprüft und sich die Perspektive konträrer Akteure zu eigen macht (IV).

Immer wichtiger werden auch Fähigkeiten zur Abstraktion und Modellbildung. «Computational thinking» heisst das Verständnis für die Nutzung und Bearbeitung von Daten sowie Problemlösung mithilfe computergestützter Methoden . Dies kann unter anderem mit Concept maps eingeübt werden (V).

Hinsichtlich der Nutzung digitaler Werkzeuge soll nicht nur Produktwissen in Form von Bedienungskompetenzen vermittelt werden, sondern auch Konzeptwissen, das es ermöglicht, Verfahrensweisen und Ergebnisse von Software kritisch infrage zu stellen, zum Beispiel Prinzipien der Indexierung und Rangierung bei Suchmaschinen etc. (VI).

Immer wichtiger wird die Fähigkeit, die eigene Person in privaten, beruflichen und öffentlichen Kontexten jeweils angemessen darzustellen sowie einen kritischen Blick auf die Präsentationen anderer zu gewinnen. Deshalb sollten Datenmanagement und Techniken der Bildmanipulation im Unterricht eingeübt werden (VII).

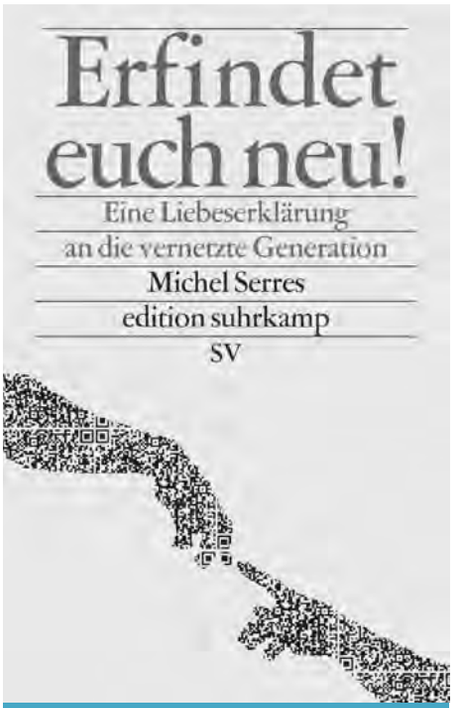
Nicht weniger wichtig ist die Wertschätzung von kreativem und produktivem Denken. Eine solche schliesst ein, dass Fehler bei Projektarbeiten nicht überbewertet, sondern stattdessen Kriterien wie Initiative, Arbeitshaltung, Lerntagebuch, Präsentation und sprachliche Klarheit berücksichtigt werden. Auch sollte ein Teil der Prüfungen mithilfe aller verfügbaren digitalen Mittel absolviert werden können (VIII).

Eigenverantwortliches Lernen in schulischen wie ausserschulischen Kontexten soll systematisch gefördert werden. Dazu braucht es für die SchülerInnen entsprechende Freiräume, Lernprozesse selbst gestalten zu können. So muss es etwa auch möglich sein, dass gestellte Arbeitsaufgaben im Rahmen von Netzwerken arbeitsteilig gelöst werden. Divergentes Denken sollte systematisch ermöglicht und gefördert werden (IX).

Das Üben von Zusammenarbeit muss heute auch die virtuellen Formen einbeziehen, die es ermöglichen, ortsunabhängig in einem Team zusammenzuarbeiten. Das gemeinsame, gleichberechtigte und gleichzeitige Erarbeiten von Dokumenten kann etwa an der Erstellung oder Ergänzung eines bestehenden Wikipedia-Artikels geübt werden (X).

Unterstützung durch Institution und Politik entscheidend

Während Michel Serres Begeisterung für das emanzipatorische Potential der digitalen Medien ansteckend ist, formuliert das Buch der Autoren Hartmann und Hundertpfund Perspektiven für eine grundlegende Umgestaltung des Unterrichts in Zeiten fortschreitender Digitalisierung. Dabei enthält dieses eine Vielzahl von Fallbeispielen und wertvollen Praxistipps. Eine derartige Unterrichtsentwicklung können die Lehrpersonen jedoch nicht für sich alleine betreiben, sie brauchen dafür institutionelle Unterstützung und ausreichende Ressourcen. ■



Serres, Michel:
Erfindet euch neu! Liebeserklärung an die vernetzte Generation.
Suhrkamp Verlag, Berlin 2013.
77 Seiten, circa Fr. 13.–

Werner Hartmann und Alois Hundertpfund:
Digitale Kompetenz. Was die Schule dazu beitragen kann.
Hep-Verlag, Bern 2015.
171 Seiten, circa Fr. 30.–

Um die pädagogischen Chancen bei der Digitalisierung in der Schule nutzen zu können, braucht es entsprechende Rahmenbedingungen.

Digitale Schule?

Bedingungen, Chancen und Risiken digitalen Lernens. Von Roland Näf

Die Digitalisierung ist längst in allen Bildungsinstitutionen angekommen, nicht nur mit den Smartphones der Schülerinnen und Schüler. Digitale Hilfsmittel prägen auch die Arbeit der Lehrpersonen: Kommunikation, Unterrichtsvorbereitung und Administration. Ebenso gewinnen bei den Lernenden Internet-Recherchen, Apps zum Üben und Clouds zum Datenaustausch an Bedeutung. Die Fachdiskussion zu Chancen und Risiken bezieht sich auf die Folgen fürs Lernen. Die Prognosen bewegen sich zwischen grossen Ängsten und Euphorie für die Chancen des digitalen Kompetenzerwerbs. Der Neurologe Manfred Spitzer befürchtet, dass Kinder durch Computer und Smartphones «dumm, dick und aggressiv» würden, während die Journalisten Dräger und Müller-Eiselt eine «Digitale Bildungsrevolution» erwarten.

Vor dem Hintergrund eigener Erfahrungen in der Volksschule formuliere ich im Folgenden Bedingungen für den Einsatz digitaler Lernmedien. Ebenso wichtig sind Überlegungen zum Einfluss digitalen Lernens auf den sozialen Zusammenhalt, das Berufsbild der Lehrpersonen und die Entwicklung sozialer und kreativer Kompetenzen der Schülerinnen und Schüler. Für eine prognostische Einschätzung der Auswirkungen der Digitalisierung erachte ich einen weiteren Aspekt als sehr wichtig: digitale Kompetenzmessung und Output-Orientierung.

Digitale Lehrmittel

Banales zum Einstieg, eine Conditio sine qua non: Wie viele Lehrpersonen ärgern sich täglich über nicht funktionierende Netzwerke, ein langsames WLAN oder zu wenig Geräte? Bevor wir uns mit digitalen Lehrmitteln auseinandersetzen, ist eine ausreichende Infrastruktur sicherzustellen. Das lässt sich nicht erreichen mit ein paar wenigen Geräten und mangelhaftem Support. Es braucht professionelle Betreuung durch Informatik-Fachleute wie in jeder grösseren Firma, sonst werden viele Lehrpersonen auf den Einsatz digitaler Medien verzichten. Die ernüchternden Erfahrungen mit Fremdsprach-Software haben dazu geführt, dass, obwohl diese obligatorisch ist, oft auf die digitale Unterstützung verzichtet wird. Allerdings wird mit der Einführung des Faches «Medien und Informatik» zurzeit an vielen Schulen die teure Infrastruktur ausgebaut und hoffentlich auch professionelle Informatik-Betreuung vor Ort eingeplant.

Eine gut funktionierende Infrastruktur bietet aber noch keine Gewähr für erfolgreiches digitales Lernen. Um Bücher zu ersetzen, müssen digitale Lehrmittel erstens ebenso hohen didaktischen und fachlichen Ansprüchen genügen. Zweitens müssen sie gegenüber dem analogen Lernen einen klaren Mehrwert bieten, sonst lässt sich der Aufwand nicht rechtfertigen. Welche Qualitätsmerkmale belegen diesen Mehrwert? Online-Lehrmittel können sich in Bezug auf die Aktualität der Inhalte profilieren, eine regelmässige Aktualisierung vorausgesetzt. Als Kontrast erwähne ich inhaltlich hoffnungslos veraltete Texte in Lehrmitteln der Unterrichtssprache. Mit älteren literarischen Texten, wie sie nach wie vor an unseren Schulen eingesetzt werden, wecken wir die Lese-Neugierde der digital geprägten Schülerinnen und Schüler selten. Nötig sind aktuelle Inhalte aus möglichst vielen gesellschaftlichen Bereichen. Ein weiterer Mehrwert digitaler Inhalte ist deren Verlinkung. Sie ermöglicht den Lernenden individuellen Interessen zu folgen und das Wissen zu vertiefen.

Das Stichwort Individualisierung führt zum stärksten Argument für die Digitalisierung von Lehrmitteln. Bereits um 1800 verortete Johann Friedrich Herbart das

Foto: signor bartoli / photocase.de

Hauptproblem des Unterrichts mit der «Verschiedenheit der Köpfe». In Bezug auf das «Leiden an der Heterogenität» folgen Lehrpersonen nach wie vor dem Ratschlag des ersten deutschen Pädagogik-Professors, Ernst Christian Trapp: «Den Unterricht auf die Mittelköpfe zu kalkulieren». Auch 2018 sollen Lernende in erster Linie zuhören. Abhängig von den grossen persönlichen Unterschieden langweilen sich viele durch Unterforderung oder klinken sich aus durch Überforderung. Weitgehende Individualisierung gelingt nur sehr engagierten Lehrpersonen mit fragwürdigem Arbeitspensum.

Hier sehen Fachleute den entscheidenden Mehrwert digitaler Lehrmittel; Interaktivität und individuelle Lernführung durch diagnostisches Erfassen des Lernstandes können Unter- oder Überforderung verhindern. Ansätze dazu sehen wir bereits in Online-Lehrmitteln wie bettermarks (Mathematik). Allerdings ist es noch ein weiter Weg zu umfassenden digitalen Lernumgebungen, die hohen Ansprüchen genügen. Wohin es gehen könnte, zeigt die Entwicklung von Videogames. Allerdings fehlen uns Simulationen, welche sich an den in den Lehrplänen definierten Kompetenzen orientieren statt an Gewaltdarstellungen. Sollen wir abwarten, bis Google, Microsoft oder Apple den digitalen Lehrmittelmarkt entdecken? Wäre es nicht besser, sich in Anlehnung an Lehrplan-Konkordate auf die gemeinsame Produktion von Online-Lehrmitteln zu einigen? Ohne Nutzungs-Einschränkungen, ohne nervenaufreibende Lizenzverfahren und mit einer fachkompetenten Steuerung der Inhalte.

Lernen in der Gemeinschaft

Verbunden mit der Vorstellung der individuell am Computer Lernenden gibt es viele ernst zu nehmende Vorbehalte. Individuelles digitales Lernen erschwert das gemeinschaftliche Erlebnis und Erfahrungen sozialen Lernens. Viele Kernkompetenzen können nur in der Gemeinschaft erreicht werden. So werden wir dem sozialen Lernen noch mehr Gewicht beimessen müssen. Gewaltlosigkeit, Toleranz, Mitgefühl, emotionale Fähigkeiten wie Frustrationstoleranz und kritisches Denken werden sich auch in Zukunft nur sehr beschränkt am Computer lernen lassen.

Genauso wichtig und in Zukunft noch stärker zu fördern sind Erlebnisse in der Natur, das Experimentieren in der analogen Welt sowie kreative Tätigkeiten. Musik und Sport gewährleisten Gemeinschaftserlebnisse, auf die wir nie verzichten sollten. Es ist deshalb sehr wichtig, dass die Bildungspolitik mehr Ressourcen zur Verfügung stellt. Kürzungen der staatlichen Mittel für Landschulwochen, Exkursionen, Jugendmusik, gestalterische Tätigkeiten oder Sport sind fatal.

Rolle der Lehrperson

Die neuen Möglichkeiten individuellen Lernens könnten ehrgeizige Eltern dazu verleiten, das Angebot der Schulen mit einem umfangreichen digitalen Lernangebot zu Hause zu ersetzen. Verlockend dürfte ein Angebot von Eliteschulen mit optimaler individueller Förderung durch massgeschneiderte Software sein. Deshalb müssen die öffentlichen Schulen immer wieder den Nachweis erbringen, dass gemeinschaftliches Lernen der Schlüssel zu einer erfolgreichen persönlichen Entwicklung ist. Zudem werden nur wenige Kinder und Jugendliche mittels Selbststeuerung und digitalen Medien die erwünschten Kompetenzen erwerben. Zur Motivation braucht es bei Kindern oft die Nähe der erwachsenen Bezugsperson. Die Beziehung Lehrperson-Lernende wird sogar noch wichtiger, denn durch die Reduktion des erklärenden bzw. erarbeitenden Unterrichts bleibt mehr Zeit für die motivierende Unterstützung des Einzelnen.

Ältere Lernende werden immer weniger bereit sein, viele Stunden Wissensvermittlung durch erklärenden bzw. erarbeitenden Unterricht über sich ergehen zu lassen. Dozierende werden sich eingestehen, dass es in jedem Fachgebiet MOOCs (Massive Open Online Course) oder Youtube-Videos gibt, welche den Sachverhalt kompetenter und anschaulicher darstellen. Ganz abgesehen von der individuellen Abrufbarkeit und Sequenzierung. Lernende werden in einigen Jahren nicht mehr 80 Prozent der Unterrichtszeit mit Zuhören verbringen, wie das aktuell noch vorkommt. Ebenso wenig werden sie einen grossen Aufwand zum Erwerb einer lesbaren Handschrift betreiben.

Vor diesem Hintergrund sehe ich den Lehrberuf nicht in Gefahr. Die Schule ist für den gemeinschaftlichen Zusammenhalt die wichtigste Institution. Es wird sie auch 2050 nach wie vor dringend brauchen.

Digitale Kompetenzerfassung

Zwei Tätigkeiten würden Lehrpersonen wohl gerne reduzieren: Korrigieren und Beurteilen. Wenn die Kompetenzen algorithmisch beschreibbar sind, könnten digitale Testverfahren Lernkontrollen ersetzen. Diese Entwicklung wird durch die Output-Orientierung neuer Lehrpläne unterstützt. Allerdings ist immer wieder zu betonen, dass auch in Zukunft nur ein beschränkter Teil der Kompetenzen messbar sein wird. Gegen den Wahn der uneingeschränkten Messbarkeit oder die Reduktion des Menschen aufs Messbare sollten wir uns auflehnen.

Allerdings hat das Erfassen von Kompetenzen über digitale Messverfahren auch in der Volkschule bereits Eingang gefunden. So unterstützt Bern zusammen mit vielen anderen Kantonen die Webplattform www.stellwerk-check.ch/ und empfiehlt Lernende im Rahmen der Berufswahlabklärungen diese Tests absolvieren zu lassen. Das nutzen Betriebe und verlangen Einsicht in die Resultate. Die Bedeutung solcher Verfahren ist auch eine Folge der Lernberichte. Ab Sommer 2018 beschränken sich Schulberichte im Kanton Bern auf wenig aussagekräftige Noten. Trotzdem hat der Berner Erziehungsdirektor von einem «Ersatz für Multicheck» gesprochen. Das sehen die Firmen verständlicherweise ganz anders, sie werden zukünftig digitalen Messverfahren mehr Bedeutung zumessen. Stellenbewerbende haben keine Chance sich dem zu entziehen. Multicheck ist erst der Anfang, ob uns das gefällt oder nicht.

«Lernende werden in einigen Jahren nicht mehr 80 Prozent der Unterrichtszeit mit Zuhören verbringen»

Kompetenz-Portfolio und Datensammlung

Unternehmen profitieren auch zunehmend von selbstlernenden Computerprogrammen, welche grosse Datenmengen nach Informationen über Arbeitnehmende durchsuchen. Die Treffsicherheit von Prognosen nimmt zu und die Bedeutung der Intuition in Assessment-Verfahren ab. Wer gute Chancen haben will, muss seine Kompetenzportfolios auf LinkedIn und anderen Portalen freigeben, trotz Datenschutz-Bedenken. Aus Sicht des Datenschutzes besonders heikel sind Online-Lernplattformen, welche aufgrund der Arbeit der Lernenden aussagekräftige Profile über diese erstellen. Dabei ist die Anonymität sicherzustellen: Ich empfehle, dass die Registrierung auf Lernportalen mit Pseudonym und falschen Angaben erfolgen sollte.

Beispielhaft für die wachsende Bedeutung von Kompetenz-Portfolios ist das europäische Sprachenportfolio. Schon heute glauben Firmen genau zu wissen, wie es bei einem B2 oder einem C1 um die Fremdsprachkenntnisse steht. Neu ist nur, dass auch bei Fremdsprachen der Computer zunehmend das Messen und Selektionieren übernehmen wird. Entsprechende Verfahren finden zukünftig wohl auch Eingang in der Schule, trotz der berechtigten Skepsis gegenüber dem ständigen (digitalen) Messen. Aber wäre es so schlecht, wenn sich Lehrpersonen damit dem Dilemma zwischen Förderung und Selektion entzögen? Wenn wir es nicht

schaffen, die fragwürdige Selektion abzuschaffen, sollten wir meiner Ansicht nach diese besser externen (digitalen) Institutionen übergeben und konsequent auf den Kern von Pädagogik, die Förderung fokussieren.

Das Sammeln von Kompetenz-Daten wird längerfristig auch das gesellschaftliche Qualifikationssystem verändern. Digitale Kompetenz-Profile werden den Wert von Masterabschlüssen, Titeln und Diplomen mindern. Was zählt, sind glaubwürdig erfasste Kompetenzen. Neue Firmen werden daraus ein gutes Geschäft zu machen wissen.

Chancengerechtigkeit

Welche Auswirkungen hat das digitale Lernen auf die Chancengerechtigkeit? Etwas Positives zuerst: Unabhängig vom Wohnort, den finanziellen Möglichkeiten und der sozialen Herkunft sind Top-Lernangebote den meisten zugänglich. Ob in Indien, der Schweiz oder in Namibia: Ein Internetanschluss genügt. Diese Vorstellung eines «Harvard für alle», wie frohlockt wird, scheint mir aber zu optimistisch zu sein. Entscheidend für den Lernerfolg sind nach wie vor persönliche Voraussetzungen und nicht die Verfügbarkeit von Wissen und Lerngelegenheiten. Ohne Erwerb von Basiskompetenzen geht nichts. Sie werden auch in Zukunft durch gute Volksschulen und frühe Förderung in bildungsnahen Familien optimiert.

Ohne Bildungs-Engagement des sozialen Umfelds werden auch digitale Medien die Voraussetzungen für den sozialen Aufstieg nicht erleichtern. In Bezug auf Veränderungen bei der sozialen Mobilität bin ich pessimistisch. Engagierte, bildungsnahe Eltern werden dafür sorgen, dass ihr Nachwuchs mit kluger Lernsoftware gefördert wird, während benachteiligte Kinder ihre Zeit mit Gewaltspielen und dem Versenden von Fotos auf Snapchat oder Instagram verbringen. Digitale Medien können gute Werkzeuge zum Lernen sein, bieten aber auch die Möglichkeit sich in der Online-Grausamkeit und dem Online-Narzissmus zu verlieren. Zusammengefasst befürchte ich, dass mithilfe digitaler Medien Kinder in bildungsnahen Familien zwar besser gefördert werden können, die Risiken für Kinder aus bildungsfernen Familien jedoch steigen.

Fazit

Digitales Lernen wird ausgelöst durch neue Lehrmittel, erfolgreich eingesetzt dank genügender Infrastruktur. Alles andere wird folgen, zum Beispiel Veränderungen bei der Rolle der Lehrpersonen und die Abkehr vom Lektionen-Raster zu Gunsten von Projektunterricht. Die Entwicklung digitaler Lehrmittel und komplexe Instrumente zur Kompetenzmessung werden zu lukrativen Geschäftsmodellen. Wirtschaftliche Interessen drohen sich gegen die Bedenken zu Output-Orientierung und ungenügendem Datenschutz durchzusetzen.

In Bezug auf Chancengerechtigkeit dürfen wir nur wenig erhoffen. Eher werden digitale Medien den Graben bezüglich sozialer Herkunft noch vertiefen. Verbesserungen bei der sozialen Mobilität erreichen wir nur durch eine staatliche Unterstützung der benachteiligten Familien mittels Frühförderung.

Auch mit der Digitalisierung werden sich die öffentlichen Schulen als wichtigste Instanz des gesellschaftlichen Zusammenhalts behaupten. Denn soziales Lernen und die emotionale Entwicklung unserer Kinder lassen sich auch mithilfe der klügsten Software nicht genügend beeinflussen. Die Bedeutung der Beziehung zwischen Lehrperson und Lernenden – sowie auch die der Lehrgemeinschaft – wird wachsen. Wissensvermittlung rückt eher in den Hintergrund, während die Fähigkeiten zu motivieren und Kreativität anzustossen wichtiger werden.

Auch bei der Digitalisierung in der Bildung gilt es die pädagogischen Chancen pragmatisch zu nutzen und Risiken wie mangelhafter Datenschutz, die Vermessung der Lernenden und abnehmende Sozialkompetenz mit einer klugen Bildungspolitik entgegenzutreten. ■

Roland Näf, lic. phil. I, ist Grossrat und Präsident der Bildungskommission des Kantons Bern. Er arbeitet an der Schule Seidenberg in Gümligen. Roland Näf befasste sich früh mit dem Einsatz digitaler Medien im Unterricht. Im vorliegenden Artikel verbindet er seine Erfahrungen mit Überlegungen aus Erziehungs- und Politikwissenschaft.

Teilhabe an der digitalen Welt

Lesen und Schreiben verändern sich in Zeiten der Digitalisierung ebenso wie Wissen, Lehren und Lernen.[1] Von Ute Klotz

Der Titel des Buchs «Engelbarts Traum» erklärt sich durch Doug Engelbart, einem amerikanischen Informatiker, der 1968 an einer Konferenz in San Francisco zum ersten Mal eine Art «Maus» vorgestellt hat. Hinzu kamen die erstmalige Anzeige von Daten auf dem Bildschirm (statt mithilfe eines Druckers) und Textbearbeitung, also das Einfügen, Ändern und Löschen von Wörtern. Engelbarts Ziel war es, mithilfe des Computers den Menschen in seiner Arbeit zu unterstützen.

Lesen und Schreiben als Kulturtechniken

Für den Autor des Buchs, Henning Lobin[2], sind Automatisierung, Datenintegration und Vernetzung die drei technischen Triebkräfte der Digitalisierung. Er ist der Ansicht, dass sich durch die Verbindung von Automatisierung (z.B. Berechnungen), Datenintegration (z.B. Kombination von Einkaufsliste und Landkarte) und Vernetzung (z.B. Online, Internet) das Lesen und Schreiben bzw. der Umgang mit der Sprache verändert hat.

Es geht dabei seiner Meinung nach nicht nur um eine technologische Innovation, sondern auch um eine kulturelle. Er hat drei kulturelle Tendenzen ermittelt, die den Umgang mit digitaler Schrift prägen: Hybridität, Multimedialität und Sozialität. Durch Engelbart ist das Lesen und Schreiben hybrid (Mensch und Computer lesen und schreiben), multimedial (Verbindung von Texten, Grafiken, Bildern, Videos) und sozial (man schreibt nicht nur alleine, sondern gemeinsam) geworden.

Schon im 15. Jahrhundert hatte sich durch die Erfindung des Buchdrucks auch das Lesen und Schreiben verändert. Bücher konnten von da an in grösseren Stückzahlen hergestellt werden und wurden somit für viele Menschen erschwinglich. Als die Bücher schliesslich in Schulen eingesetzt wurden, konnten auch immer mehr Men-

«Bildung hat [...] viel mit Lesen und Schreiben zu tun. Wenn sich aber diese Kulturtechniken verändern, was bedeutet das dann für das Lernen?»

Henning Lobin:
Engelbarts Traum – Wie der Computer uns Lesen und Schreiben abnimmt.
Campus Verlag, Frankfurt am Main 2014. 281 Seiten, circa Fr. 33.–

schen lesen und schreiben lernen. Lobin schlussfolgert daraus, dass die Änderung technischer Voraussetzungen auch Lesen und Schreiben verändern werden – und damit auch das einzelne Individuum. Daraus folgen wiederum politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Konsequenzen. Schrift sieht er als einen Schlüssel zu unserer Kultur an. Wenn wir nicht mehr lesen und schreiben können, können wir auch nicht mehr an der sozialen, kulturellen, gesellschaftlichen und politischen Welt teilnehmen. Er bezeichnet deshalb Lesen und Schreiben als Kulturtechniken.

Lobin bezieht sich in seiner Analyse auf eine deutsche Studie zum Leseverhalten aus dem Jahr 2008, die herausgefunden hat, dass die Anzahl der gelesenen Bücher pro Person sinkt und dass vermehrt in kleinen Portionen gelesen wird. Das handschriftliche Schreiben findet heute sogar nur noch im privaten, informellen Bereich statt.

Hybrides Schreiben

Beim Schreiben eines Textes gibt es die bekannten Automatismen, wie zum Beispiel das Formatieren des Textes, Vorlagen und die Rechtschreibprüfung. Microsoft arbeitet an einer Schreibhilfe, die Textabschnitte paraphrasiert, und damit dem Schreibenden alternative Formulierungen anbietet. Dazu arbeiten diese Firma an einem Programm, das Nicht-Muttersprachlern hilft, englische Texte zu erstellen. Die bisher bekannten automatischen Übersetzungen erreichen derzeit jedoch noch nicht den Stand einer hochwertigen Übersetzung, sondern müssen manuell nachbearbeitet werden.

Es gibt Unternehmen, die Softwareprogramme für die Textgenerierung anbieten. So können Romane aufgrund von Textversatzstücken und der Beschreibung von Haupt- und Nebenfiguren erstellt werden. Texte, die bestimmten Regeln unterliegen, wie zum Beispiel technische Dokumentationen, medizinische Korrespondenz und Wettervorhersagen, können automatisiert aufgrund von Informationen aufgebaut werden. Dazu gehören auch Zusammenfassungen für Führungspersonen (Geschäftsberichte) und Anschreiben an Kunden. Lobin schliesst daraus, dass der Mensch zum Schreiben nicht mehr benötigt werde.

Soziales Schreiben

Das soziale Schreiben, so Lobin, hat zwei Dimensionen: einerseits das Verhältnis des Textinhalts zu dem, was bereits geschrieben wurde und andererseits die Form der Tätigkeit. Bei der ersten Dimension geht es um die Frage von Neuschöpfung und Plagiat, bei der zweiten um das gemeinsame Schreiben als Innovation.

Beim gemeinsamen Schreiben können die Textteile den einzelnen AutorInnen nicht mehr zugeordnet werden. Dabei kann das gemeinsame Schreiben synchron, asynchron oder dialogisch (also im Wechselspiel, Chat) erfolgen. Wie gemeinsames Schreiben effizient durchgeführt wird, bleibt unklar. Gut geeignet ist es für stark gegliederte Texte und Brainstorming-Sitzungen, aber trotzdem verlangt es eine gewisse Disziplin, die Einhaltung von Regeln und eine gute Konzentration, um es vorteilhaft zu nutzen. Die Computer müssen für gemeinsames Schreiben zudem miteinander vernetzt sein.

Was vergeht? Und was entsteht?

Das «Lesen an sich» ist nach Lobin nicht gefährdet. Anders sieht es bei der Form des Lesens aus. Das tägliche Lesen bezieht sich auf kleine Texteinheiten, eher nebenbei, flüchtig. Der Leser ist bei seiner Tätigkeit einer ständigen Ablenkung ausgesetzt. Dazu kommt, dass durch die Digitalisierung der Texte, diese überall verfügbar sind. Das Lesen erscheint durch die ständige Verfügbarkeit weniger notwendig. Lobin meint, dass gespeicherte Texte weder bedeuten, dass sie bereits gelesen wurden noch dass sie zukünftig zwingend noch gelesen werden. Die Automatisierung des Lesens kann dazu führen, dass bestimmte Lesetechniken nicht mehr angewendet werden: das Lesen in einer Fremdsprache könnte durch Übersetzungsprogramme ersetzt werden und das Lesen langer Texte durch automatisch erzeugte Zusammenfassungen. Multimedial erweiterte Texte hingegen müssen nicht unbedingt linear gelesen werden. Dies alles kann auch bedeuten, dass es Texte mit komplexen Argumentationen schwerer haben. Dies kann auch das Lesen ohne Computer betreffen.

Was das Schreiben betrifft, so wird das zukünftige Textverarbeitungssystem in der Lage sein, eine Präsentation aus einem Text zu erstellen, inklusive grafischer Varianten. Beim gemeinsamen Schreiben kann die Software die Funktion übernehmen, die Vollständigkeit des Textes zu prüfen und für kontroverse Textstellen Kompromissvorschläge anzubieten.

Bildung hat für Lobin viel mit Lesen und Schreiben zu tun. Beides prägt ihm zufolge immer noch unser Bildungssystem. Wenn sich aber diese Kulturtechniken verändern, was bedeutet das dann für das Lernen?

Schule und Universität

Die kommunikative Lebenswelt der Eltern und Lehrpersonen, so Lobin, ist nicht mehr die der SchülerInnen. Deswegen ist es umso notwendiger, dass die Lehrerinnen und Lehrer aller Fächer bezüglich digitaler Kommunikation hoch qualifiziert sind und digitale Medien im Unterricht auch anwenden.

Die Ortsgebundenheit von Wissen, Lehren und Lernen sieht er als überholt an. Es muss überlegt werden, bei welchen Lehrveranstaltungen noch physische Präsenz notwendig ist, welchen Stellenwert das Mündliche hat und ob Vorlesungen aufgezeichnet werden sollen. Er stellt die Frage, ob es nicht besser wäre, wenn sich die Universitäten verbinden würden, um die Grundlagenfächer gemeinsam zu organisieren. Welche Fächergrenzen sollten aufrechterhalten, welche können überwunden werden? Was muss beim Aufbau interdisziplinärer Studiengänge beachtet werden?

Die Digitalisierung hat aus Lobins Sicht schon zwei negative Auswirkungen hervorgebracht: erstens das Plagiat, denn alles ist im Internet verfügbar und kann auch leicht kopiert werden, und zweitens die wissenschaftliche Präsentation, bei der oftmals nicht der Inhalt, sondern die Multimedialität im Vordergrund steht. Er spricht diesbezüglich auch von einer Überautomatisierung, einer überbordenden Analytik von Lernerdaten und einer Sedierung durch überflüssige Multimedialität. ■

1 Die Rezension beruht auf einem Beitrag zum Newsletter des Forums Allgemeinbildung Schweiz (02.10.2017).

2 Prof. Dr. Henning Lobin ist seit 1999 Professor für angewandte Sprachwissenschaft und Computerlinguistik am Institut für Germanistik an der Justus-Liebig-Universität Giessen. Seit Oktober 2017 ist er im Forschungsbeirat der Berliner Stiftung Wissenschaft und Politik. Weitere Informationen unter: https://www.uni-giessen.de/fbz/fb05/germanistik/iprof/asclhome/wimi/lobin (06.01.2018)

Schule zwischen 0 und 1

Ein Bericht vom Hochschultag der Pädagogischen Hochschule Zürich am 2. November 2017.
Von Peter Wanzenried

Für den verantwortungsvollen Umgang mit digitalen Technologien und sozialen Medien braucht es konzeptionelles Hintergrundwissen.

Die allgegenwärtigen Fragen am diesjährigen Hochschultag der PH Zürich waren: Wie wirkt sich die Entwicklung all dieser neuen Medien aus auf unser Bildungsverständnis? Welche Konsequenzen hat das für das berufliche Selbstverständnis unserer Lehrerinnen und Lehrer? Welchen gesellschaftlichen Erwartungen und Forderungen müssen wir uns stellen? Mit Einblicken in schulische Praxis und in aktuelle Forschung wurden Impulse gegeben zur differenzierten Auseinandersetzung mit diesen Fragen.
In seiner Einleitung machte Rektor Heinz Rhyn deutlich, wie Schulen aller Stufen darum ringen müssen, ein ausgewogenes Gleichgewicht zwischen innovativen Lehrformen mit Stärkung digitaler Kompetenzen und der Förderung sozialer Kompetenzen zur aktiven Teilhabe und Mitgestaltung in einer demokratischen Gesellschaft zu finden. Eine Aufforderung zu einem Balanceakt, die sich durch alle Beiträge zum Hochschultag zog.

Antworten aus der Praxis und für die Praxis

Filmische Einblicke in die Entwicklungen an der Schule Andelfingen gaben praxisnahe Hinweise, wie eine solcher Balanceakt aussehen kann. Anhand dieser wurde deutlich, wie wichtig es ist, dass innovative Lehrformen in einem kooperativen Team verankert sind. Auch die Notwendigkeit von technischem und pädagogisch-didaktischem Support vor Ort wurde anschaulich gezeigt. Und wie wichtig es ist, dass die digitalen Lernformen mit kooperativem Lernen verbunden und solche Entwicklungen durch das schulische Umfeld unterstützt werden. Welche Ergebnisse sich zeigen, wenn diese neuen Formen des Lernens gelingen, zeigten zwei anwesende Schüler, die im Verlaufe der Veranstaltung still an ihren Computern ein eindrückliches Musikwerk schufen, das sie uns abschliessend vorspielten.

Wie sich diese Entwicklung in der Ausbildung und Weiterbildung der Lehrkräfte zeigt, wurde in einem Podiumsgespräch von Dozierenden deutlich. Gute eigene Erfahrungen mit digitalen Techniken und Technologien sind wohl unabdingbare Voraussetzung für deren Anwendung in der späteren Berufspraxis. Dazu gehört wohl auch, sich eigener Vorlieben, Stärken und Schwächen bewusst zu werden. Und natürlich die Veränderungen im Berufsfeld zu reflektieren, die sich mit den neuen Technologien und Medien zwangsläufig ergeben.

Der Vertreter der Berufsbildung machte klar, welche Konflikte sich angesichts der Veränderungen in Produktion und Betriebsorganisation ergeben. Hier hat die Wirtschaft eindeutig Erwartungen an die Schule, die sich von einem ganzheitlichen Bildungsverständnis unterscheiden. Sich angesichts von ungewissen Veränderungen in der Berufswelt nicht von Ängsten leiten zu lassen und auch nicht auf Konfrontationskurs zu gehen, dies ist eine grosse Herausforderung für unsere Bildungspolitik.

Partnerschaft von Mensch und künstlicher Intelligenz

«Künstliche Intelligenz und die Zukunft des Lernens» war dann der Titel für einen Höhenflug auf die Ebene aktueller Forschung und Entwicklung, zu dem uns Karin Vey, Executive innovation Consultant, IBM Research Zürich, einlud. Es beeindruckte mich, wie sie überzeugend für eine ergänzende Partnerschaft von menschlichen Kompetenzen und Kompetenzen der künstlichen Intelligenz plädierte und die Frage anging: Wie gestalte ich mein Leben in dieser digitalen Welt? Sie setzte vier Anforderungen als Grundlagen einer Kultur von Transparenz und Vertrauen ins Zentrum:

- Kritisches Denken
- Richtige Fragen stellen
- Empathie
- Artistic Intelligenz

Wie von einem solchen Verständnis her Schule und Lehrerbildung weiter zu denken ist, umriss nochmals Rektor Heinz Rhyn mit seinem Anspruch, Bildung als Orientierungsrahmen für das Verstehen und Einordnen all der leicht zugänglichen und komplexen Informationen zu verstehen und betont das spezifisch Menschliche zu fördern.

Orientierung für Schulen in einer digitalen Welt

Passend zum Thema des Hochschultags wurde schliesslich C. A. Zehnder, dem ehemaligen ETH-Professor und Informatikpionier im Bildungswesen, der Bildungspreis der Pädagogischen Hochschule Zürich überreicht. Dies war auch für mich als pensionierter Lehrer und Dozent ein Anlass, mich an die Anfänge meiner Auseinandersetzung mit digitalen Technologien zu erinnern, an meine ersten eigenen Programmierversuche und die schrittweise Aufnahme dieser Technologien in all meine Lebensbereiche, mit all ihren Chancen und Lasten.

Der Preisträger brachte es ins einer Dankesrede nochmals auf den Punkt, worauf es heute ankommt: Konzeptwissen und Produktwissen sind zwei sich ergänzende Anforderungen, die zusammenspielen müssen. Sind unsere Schülerinnen und Schüler über die neusten Produkte oft weit besser informiert als wir Lehrpersonen und fordert uns die Wirtschaft auf, mit neuen Technologien die Effizienz des Unterrichts zu steigern, so ist es unsere Aufgabe, konzeptionelles Hintergrundwissen zum verantwortungsvollen Umgang mit den digitalen Technologien und sozialen Medien zu vermitteln. Dies ist nichts weniger als eine klare Vorgabe, an welchen Leitvorstellungen sich Schulen in einer digitalen Welt zu orientieren haben. ■

Foto: calmate / photocase.de

Fürchtet euch nicht!

Ein Kommentar zum Digitalisierungsbericht des Bundesrates.
Von Thomas Ragni

Erfährt man im Digitalisierungsbericht des Bunderates[1] etwas zu möglichen Zukunftsszenarios für die «Arbeitswelt» der Schweiz im kommenden Zeitalter der «Digitalisierung»? Und wird in diesem Rahmen die mögliche Entwicklung des öffentlichen Bildungswesens thematisiert? – Fehlanzeige. Der Bericht, an welchem Expertinnen und Experten aus der halben Bundesverwaltung fast ein Jahr lang herumgedoktert haben, ist ein Kompendium aus Altbekanntem, Binsenwahrheiten und Leerformeln. So heisst es etwa zum Bildungswesen: «Aufgrund der sich verändernden Kompetenzanforderungen bestehen vor allem im Bildungsbereich Herausforderungen.» (S. 5) Und ein wenig später: «Konkret stehen Massnahmen im Bereich der Aus- und Weiterbildung im Zentrum.» (S. 6) Gegen Schluss des Berichts (S. 106) werden die vier Aktionsfelder aufgelistet: (1) Verbesserung der digitalen Kompetenzen in der Schule (2) Nutzung der Informations- und Kommunikationstechnik (IKT) beim Lehren und Lernen (3) rasche Anpassung des Bildungssystems an die Anforderungen des Marktes (4) Koordination und Kommunikation in der Bildungszusammenarbeit. Selbstverständlich darf der «Finanzierungsvorbehalt» nicht fehlen: «Dabei ist aufzuzeigen, wie Prekarisierungsrisiken und Risiken der Lastenverteilung auf die Allgemeinheit und den Bundeshaushalt vermieden werden können.» (S. 108) Mehr Inhalt lässt sich aus dem Bericht beim besten Willen nicht herausdestillieren.

Beruhigungspille

Der Digitalisierungsbericht des Bundes sagt nichts aus, was man nicht schon seit Langem «weiss», sprich: was nicht schon längst als unerschütterliche Konsensüberzeugung in der Mehrheitsgesellschaft verankert ist. So gesehen ist er sehr «überraschungsarm» (um nicht sagen zu müssen: langweilig).

Doch etwas Neues zu erfahren, ein schärferes Problembewusstsein zu den «Chancen und Risiken» der Digitalisierung zu bekommen, war auch nicht der Zweck des Berichts. Sein Zweck war es wohl, die Stimmung zu verbreiten, dass wir ganz beruhigt der Dinge harren können, die da auf uns zurollen werden. Der Bericht hat also die Funktion einer «Soma-Pille» (Aldous Huxley).

Man kann sich aus etwas Distanz die Frage stellen, woher dieser Hype um das (angeblich) neue Zeitalter der Digitalisierung überhaupt kommt. Meine Überzeugung ist, dass dieser ein Symptom der Angst vor dem Unbeherrschbaren ist. Panikattacken überwältigen mit schöner Regelmässigkeit die (Welt-)Öffentlichkeit. Terroristische Verschwörungen zum Beispiel mit Pesterregern oder Milzbrand[2], pandemische Killerviren (Vogelgrippe, SARS), resistente Krankenhauskeime, vergiftete Esswaren etcetera. Ihr gemeinsames Kennzeichen ist, dass sie in unseren Alltag eindringen und uns hier alle existentiell bedrohen, ohne dass wir etwas mitbekommen haben. Und schon ist es fast zu spät, wenn man bei deren Bekämpfung nicht mit aller Vehemenz vorgeht.

Ein historisch berühmtes Beispiel sind die Hexenverfolgungen im krisenhaften Übergang vom Mittelalter in die frühe Neuzeit. Insbesondere nach verheerenden Pestzügen boten Hexenverbrennungen – die gottgewollte Strafe für Brunnenvergiftungen – eine psychische Entlastung vor der Angst, die durch die bewusst gewordene Ungewissheit und Unbeherrschbarkeit ausgelöst wurde. Heutzutage ist dieses Bewusstsein wieder gewachsen. Zum Glück brauchen wir bis auf Weiteres noch keinen Hexenhammer, um die verschwörerischen bösen Geister zu bannen, die das Unerkennbare und darum Unbeherrschbare mit sich bringen.[3] Zumindest vorerst genügen noch Heilsbotschaften des Engels an die fromme Gemeinde: «Fürchtet euch nicht!»[4] Denn wir leben in der Schweiz in Wohlstand und Glück wie sonst in keinem anderen Land.

Doch die anscheinend nötig gewordene explizite Verkündung der frohen Botschaft offenbart ungewollt, dass mit dem Hype um die Digitalisierung wieder der Verdacht aufkam, dass Sicherheit trügerisch sein kann. Der Bundesratsbericht hat darum eine heimliche Hauptbotschaft: Wir wiegen uns nicht in trügerischer Sicherheit. Zweifel sind unbegründet. Die Sicherheit ist real! Auch in Zukunft gilt das zentrale liberale Heilsversprechen: Im Wirtschaftswandel fallen zwar Jobs weg, aber es werden mehr Jobs entstehen als zerstört werden (vgl. Bericht S. 27). Und die neuen Jobs werden nicht nur abwechslungsreicher und interessanter sein als die alten, sie werden auch noch wertschöpfungsstärker sein und so ein höheres Lohneinkommen ermöglichen. Wir werden unverändert auch in Zukunft in der besten aller möglichen Welten (Gottfried Wilhelm Leibniz) leben!

Rationaler Kern der Angst

Schliesslich kann man sich fragen, ob die regelmässig massenweise aufwallende Angst vor der Zukunft eine ewige «Conditio humana» ist oder ob sie historisch verortbar ist. Wohl Letzteres. Die weltweiten Panikattacken sind zwar irrationale Reaktionsweisen, aber sie haben einen rationalen Kern. Auch die spätmittelalterlichen Pestzüge waren schliesslich keine reinen «Phantasmen».

Der rationale Kern der kollektiven Ängste liegt in der «Wirtschaft» des Kapitalismus begründet, die in der Tat etwas Seltsames ist. Man kann sie mit einem unzähmbaren gefährlichen Tier wie einem Weissen Hai vergleichen. Dieser ist unberechenbar und furchteinflössend, weil er nicht wie ein Orca gebändigt oder wie ein Wolf domestiziert werden kann. Wenn man aber sein Habitat schützt, kann der Weisse Hai von hohem Nutzen sein, etwa für die Tourismusindustrie, die so lukrative Abenteuerangebote vermarkten kann. So ist es auch mit der «Wirtschaft»: Sie ist eine rätselhafte, letztlich völlig unberechenbare, darum angsteinflössende Bestie. (Kann zum Beispiel jemand überzeugend erklären, wie banale «Konjunkturschwankungen» oder «Finanzblasen» entstehen?) Gleichwohl profitieren wir alle von dieser unheimlichen Bestie. Also muss alles getan werden, dass sie sich möglichst wohl fühlt in ihrem «natürlichen» Habitat, der freien Wildbahn der globalen Märkte. ■

1 «Auswirkungen der Digitalisierung auf Beschäftigung und Arbeitsbedingungen – Chancen und Risiken». Bericht des Bundesrates in Erfüllung der Postulate 15.3854 Reynard vom 16.09.2015 und 17.3222 Derder vom 17.03.2017

2 Zu einem phänomenologischen Fallbeispiel: P. Sarasin, Anthrax. Bioterror als Phantasma, Frankfurt 2004.

3 Zumindest brauchen wir einen renovierten Hexenhammer erst in Ansätzen, etwa in Form von Notverordnungen und Erlassen von mehr Überwachung und polizeilichen Sonderrechten zur «effizienteren Terrorbekämpfung».

4 NT, Lukas 2:10

Foto: thomas / fotolia.com

Warum es sich auch heute noch lohnt, Latein zu lernen

Latein ist ein Brückenfach zwischen Geistes- und Naturwissenschaften, das Orientierungswissen vermittelt und der Persönlichkeitsbildung dient. Von Benno Mächler

Müssen sich die Bemühungen um Digitalisierung an der Schule und das Fach Latein widersprechen? Nehmen wir einmal das Wort «Digitalisierung». Es stammt aus dem Latein und bedeutet «mit dem Finger» («digitus» = «Finger»). Das ist vielleicht schon ein Fingerzeig dafür, dass sich Digitalisierung und Latein nicht in jedem Fall ausschliessen müssen, sondern vielleicht sogar einiges miteinander zu tun haben können.

Nicht nur die Bedeutung des Wortes, sondern auch die Digitalisierung selbst, als Produkt und Mittel der modernen Technologie, hat viel mit der abendländischen Kultur zu tun, zu der vor allem die lateinische und die griechische Tradition beigetragen haben. Woher hat sich denn die heute in der ganzen Welt dominierende Technologie entwickelt? Natürlich aus der alten Schule von Europa, die ihren Anfang bei den griechischen und römischen Philosophen hatte, bei denen Natur, Mensch, Technik, Geist und Ethik noch als Einheit betrachtet worden waren.

Bildung zur Urteilskraft

Die Digitalisierung hat heute dazu geführt, dass fast alle Menschen weltweit beinahe unbeschränkten Zugang haben zu Faktenwissen. Auch im Lateinunterricht haben die Schüler und Schülerinnen z.B. sogleich alle Mythen oder etwa alle Philosophien zur Verfügung. Aber hier beginnt nun erst die eigentliche Bildung. Wie der Computer – nebenbei erwähnt, stammt auch dieses Wort aus dem Latein: «computare» = «zusammenzählen» – nie den Menschen ersetzen kann, so wird das «zusammengezählte» Wissen niemals die Bildung und den Charakter eines Menschen bestimmen oder gar ersetzen, weil zu diesem immer Urteilskraft und Wertung gehören. In unserem modernen Kommunikationszeitalter müssen wir alle andauernd unzählige Informationen genau erfassen und intelligent einordnen können.

Latein versteht sich heute in der Schule nicht als isoliertes Fach. Es arbeitet mit anderen Fächern zusammen und bildet auch Brücken zwischen Sprachen, aber auch zu mathematisch-naturwissenschaftlichen Fächern. Es vernetzt und vertieft diese: «Die alten Sprachen sind Teil und Fundament unserer kulturellen Umwelt. Jede Schülergeneration soll genügend altsprachlich Gebildete hervorbringen, um diese philologisch-historische Dimension im kollektiven Gedächtnis zu erhalten» (Heidi Wunderli-Allenspach).

So unterstützt das Latein nicht allein das Lernen von modernen Fremdsprachen – und auch nicht «nur» der romanischen –, sondern es bereichert auch andere Fächer wie etwa Kunst, Musik, Wirtschaft, Physik und im besonderen Masse Geschichte, Literatur, Religion und Philosophie. Es eröffnet den Jugendlichen den Zugang zu den wichtigsten Quellen der europäischen Kultur. Aber auch zu Lebensfragen des modernen Menschen findet man mit Latein Antworten, so etwa in den immer wieder «aktuellen» Schulen von Epikur und der Stoa, die mit ihren humanistischen Anliegen auch die Renaissance und die Aufklärung in Europa mitbestimmt haben.

Beitrag zur europäischen Identität

Latein erschliesst uns allgemein die römische Kultur, die – zusammen mit der griechischen Tradition und dem Christentum – auch das moderne Europa stärker geprägt hat, als man denkt. Diese Sprache leistet einen wichtigen Beitrag zur europäischen Identität. Über das Fach gewinnt man kulturelles Hintergrundwissen, das zur Orientierung in der Gegenwart dient. Latein vermittelt heute nicht isoliertes und lebensfremdes Faktenwissen, sondern es fördert eine vertiefte und fächerübergreifende Allgemeinbildung und sollte zur Persönlichkeitsbildung der Schülerinnen und Schüler beitragen. Die Vergangenheit ist nicht einfach vergangen, die Zukunft braucht diese mehr denn je. Was passiert, wenn der Mensch – und insbesondere unsere moderne Gesellschaft – den Kompass der humanistischen Bildung verliert, beschreibt der bedeutetende Physiker und Nobelpreisträger Werner Heisenberg, indem er den Zustand der Wissenschaft und der Technik mit folgendem Bild charakterisiert:

«Mit der scheinbar unbegrenzten Ausbreitung ihrer materiellen Macht kommt die Menschheit in die Lage eines Kapitäns, dessen Schiff so stark aus Stahl und Eisen gebaut ist, dass die Magnetnadel seines Kompasses nur noch auf die Eisenmasse des Schiffes zeigt, nicht mehr nach Norden. Mit einem solchen Schiff kann man kein Ziel mehr erreichen; es wird nur noch im Kreis fahren und daneben dem Wind und der Strömung ausgeliefert sein. (...) Die Gefahr besteht eigentlich nur, solange der Kapitän nicht weiss, dass sein Kompass nicht mehr auf die magnetischen Kräfte der Erde reagiert. In dem Augenblick, in dem Klarheit geschaffen ist, kann die Gefahr schon halb als beseitigt gelten. Denn der Kapitän, der nicht im Kreise fahren, sondern ein bekanntes oder unbekanntes Ziel erreichen will, wird Mittel und Wege finden, die Richtung seines Schiffes zu bestimmen. Er mag neue, moderne Kompassarten in Gebrauch nehmen, die nicht auf die Eisenmasse des Schiffes reagieren, oder er mag sich, wie in alten Zeiten, an den Sternen orientieren. Freilich können wir nicht darüber verfügen, ob die Sterne sichtbar sind oder nicht, und in unserer Zeit sind sie vielleicht nur selten zu sehen. Aber jedenfalls schliesst schon das Bewusstsein, dass die Hoffnung des Fortschrittsglaubens eine Grenze findet, den Wunsch ein, nicht im Kreise zu fahren, sondern ein Ziel zu erreichen. In dem Masse, in dem Klarheit über diese Grenze erreicht wird, kann sie selbst als der erste Halt gelten, an dem wir uns neu orientieren können.»[1] ■

Benno Mächler ist Lateinlehrer an der Kantonsschule Stadelhofen.

1 Werner Heisenberg (1955): Das Naturbild der heutigen Physik. rowohlts deutsche enzyklopädie 8, Hamburg, S. 22f.

Foto: zettberlin / photocase.de

vpod zürich
Pflichtlektion
Mitgliedermagazin der Sektion Zürich Lehrberufe

Selektion wie vor zwanzig Jahren? Nein, danke!

Volksschulverordnung (VSV)

§6 [1] Auf der Sekundarstufe werden zwei oder drei Abteilungen gebildet und mit A und B bzw. A, B und C bezeichnet. Die Abteilung A ist die kognitiv anspruchsvollste.

[2] Die Schülerinnen und Schüler können in höchstens drei Fächern in den Anforderungsstufen I, II und III unterrichtet werden. Die Anforderungsstufe I ist die kognitiv anspruchsvollste.

[3] Anforderungsstufen sind in den Fächern Mathematik, Deutsch, Französisch oder Englisch möglich. Sie werden abteilungsübergreifend geführt.

[4] Die Schulpflege legt in der Gemeinde einheitlich die Anzahl Abteilungen fest und regelt, ob und in welchen Fächern Anforderungsstufen geführt werden.

[5] Mehrklassige Klassen und Klassen, in denen die Schülerinnen und Schüler aus verschiedenen Abteilungen und Anforderungsstufen gemeinsam unterrichtet werden (kombinierte Klassen), sind zulässig. Die Kombination der beiden Formen ist nicht zulässig.

Winterthur wird im Sommer in allen Schulkreisen auf die dreiteilige Sekundarschule wechseln und die Anforderungsstufen abschaffen. Welche Chancen haben wir, solche Fehlentscheide im Kanton Zürich in Zukunft zu verhindern?

Auch im letzten der vier Schulkreise in Winterthur werden ab Sommer 2018 alle Schülerinnen und Schüler in eine dreiteilige Sekundarstufe (Abteilungen A, B und C) eintreten müssen. Dass in der ganzen Stadt Winterthur auf der Sekundarstufe nur noch nach einem Modell unterrichtet wird, macht Sinn. Hingegen wäre es in Anbetracht der Einführung des Lehrplan 21 definitiv die einzig richtige Variante gewesen, in allen Kreisen auf eine zweiteilige Sekundarschule (Abteilung A und B) zu wechseln. Grundsätzlich bräuchte es durch den detailliert beschriebenen Kompetenzaufbau im LP21 keine Selektion mehr. Solange aber noch an der Selektion festgehalten wird, reicht die zweiteilige Sekundarstufe: Sek A für alle, welch e die Grundanforderungen erreicht haben und allenfalls schon an weiterführenden Kompetenzstufen arbeiten und die Sek B für die Schülerinnen und Schüler, die diese Grundansprüche noch nicht erreicht haben. Da wir von einer Volksschule ohne Selektion leider noch meilenweit entfernt sind, muss die Sekundarstufe zumindest mit Anforderungsstufen (Niveau I, II und III) in einzelnen Fächern angeboten werden. Diese ermöglichen es, Schülerinnen und Schüler fächer- und binnendifferenziert zumindest teilweise ihrem Können entsprechend zu fördern und zu fordern. Das Abschaffen der Niveaus zusammen mit dem Wechsel auf eine Sekundarstufe mit drei Abteilungen ist ein Schritt zurück ins letzte Jahrhundert und geht hundertprozentig zu Lasten der Winterthurer Schülerinnen und Schüler.

Änderung von §6 der Volksschulverordnung nötig

Damit der Beschluss in Winterthur nicht Schule macht, muss §6 der Volksschulverordnung so angepasst werden, dass nicht nur strukturelle oder organisatorische Gründe die Wahl des Sekundarstufenmodells beeinflussen, sondern zukünftig auch pädagogische Überlegungen ausschlaggebend sein können. Absatz drei von §6 verlangt, dass die Anforderungsstufen abteilungsübergreifend geführt werden müssen, dies bedeutet, dass die Schülerinnen und Schüler für diese Fächer jeweils in einer anderen Zusammensetzung unterrichtet werden. Es muss aber möglich sein, die Anforderungsstufen aus pädagogischen Gründen auch innerhalb des Klassenverbandes zu unterrichten, so kann dieser erhalten bleiben und gestärkt werden. Eine höhere Lektionenzahl im Klassenverband ermöglicht den SchülerInnen zudem eine ruhigere Lern- und Arbeitsatmosphäre sowie eine Stärkung der Beziehung zu ihren Lehrerinnen und Lehrern, welche eine der wichtigsten Grundlagen für den Lernerfolg ist. Die aktuellen Lehrmittel unterstützen und ermöglichen problemlos ein zeitgleiches Unterrichten aller drei Anforderungsstufen. Konkret bedeutet dies, dass der zweite Satz im Abschnitt 3 von §6 der Volksschulverordnung entweder gestrichen oder folgendermassen angepasst wird:
«Sie können abteilungsübergreifend geführt werden.»
Parallel zum Entstehen dieses Artikels diskutiere ich eine dementsprechende Motion mit Kantonsrätinnen und Kantonsräten der SP. Wer weiss, vielleicht ist eine solche Motion bis zum Erscheinen dieser Ausgabe der Pflichtlektion schon eingereicht. Zu finden wäre sie gegebenenfalls auf www.kantonsrat.zh.ch. Wir halten euch jedenfalls auf dem Laufenden. ■

Katrin Meier, Präsidentin VPOD Sektion Zürich Lehrberufe.

Foto: Miss X / photocase.de

Politischer Unwille und schulische Fehlplanung: Entlassungen an der EB Zürich

Was sich schon seit einiger Zeit abgezeichnet hat, wurde im Herbst Gewissheit: Die kantonale Schule für Erwachsenenbildung (EB Zürich) baut über 60 Stellen ab, vorrangig im Bereich «Deutsch als Zweitsprache» sowie im «Lernfoyer» und bei einigen Fremdsprachen.

Wechsel im Finanzierungssystem und die Konkurrenz anderer Anbieter haben dazu geführt, dass die Anmeldezahlen für Kurse an der EB Zürich deutlich zurückgegangen sind. Das sei dem eidgenössischen Weiterbildungsgesetz zu verdanken, heisst es immer wieder. Dieses sieht vor, dass öffentliche Schulen für Weiterbildungskurse kostendeckende Preise verlangen müssen, damit private Anbieter gleiche Bedingungen wie öffentliche haben. Das ist aber nur die halbe Wahrheit. Das Weiterbildungsgesetz sieht ausdrücklich ebenfalls vor, dass Angebote vom Wettbewerb ausgenommen werden dürfen, wenn ein öffentliches Interesse daran besteht. In Art. 9.3 heisst es: «Beeinträchtigungen des Wettbewerbs sind zulässig, sofern sie durch ein überwiegendes öffentliches Interesse gerechtfertigt sind, verhältnismässig sind und auf einer gesetzlichen Grundlage beruhen.»

> «Das Weiterbildungsgesetz sieht [...] vor, dass Angebote vom Wettbewerb ausgenommen werden dürfen, wenn ein öffentliches Interesse daran besteht .»

Sprachliche Integration nicht von öffentlichem Interesse?

Generell ist es nicht nachvollziehbar, dass der kostengünstige, umfassende Unterricht in Deutsch als Zweitsprache angesichts der grossen Bedeutung von Integration im Allgemeinen und konkreten Projekten zur beruflichen Integration von geflüchteten Jugendlichen und Erwachsenen im Besonderen in Zürich kein öffentliches Interesse darstellt. Der Kanton Zürich nimmt entsprechend seinem Bevölkerungsanteil circa 17 Prozent der Asylsuchenden auf, und im Jahr 2017 gab es 5667 vorläufig Aufgenommene, um nur zwei aktuelle Zahlen aus dem Bereich Flüchtlingswesen zu nennen. Das vom Bundesrat beschlossene Pilotprogramm zur Erwerbs- und Bildungsintegration von anerkannten Flüchtlingen und vorläufig aufgenommenen Personen soll in Zürich ab 2018 umgesetzt werden. Es ist eine Binsenweisheit, dass Kenntnisse in der Landessprache und schulische Bildung zu den wichtigsten Grundlagen für eine gelingende Integration und Erwerbstätigkeit gehören. Auch für Personen, die wieder in ihre Heimatländer zurückkehren, sind die Kenntnisse und Fähigkeiten, die sie hier erwerben, wichtig, um eine Basis für ihr Leben dort zu schaffen und zur wirtschaftlichen und politischen Stabilität ihres Landes beizutragen. Die Vermittlung von Kenntnissen in der Landessprache muss daher als vorrangiges Interesse des Kantons angesehen werden.

Lohndumping, Prekarisierung, Entlassungen politisch gewollt

Es ist deshalb nicht begreiflich, dass der Kanton Zürich in dieser Situation gut ausgebildete, langjährig erfahrene Lehrerinnen und Lehrer entlässt und ein eingeführtes, bezahlbares Bildungsangebot finanziell austrocknet. Bekanntlich ist Wettbewerb in diesem Bereich nur möglich, wenn die Arbeitsbedingungen und Löhne der Lehrpersonen deutlich verschlechtert werden. Es ist nicht akzeptabel, dass der Kanton hierbei eine treibende Kraft darstellt.

Denn faktisch werden hier faire Löhne, wie sie an öffentlichen Schulen gezahlt werden, unter der Schutzbehauptung der «gleichlangen Spiesse» ausgehebelt. Preise, wie sie an privaten Sprachschulen üblich sind, sind nur aufgrund von Lohndumping und Prekarisierung bei den Arbeitsbedingungen der Lehrpersonen möglich. Die Behauptung, der Kanton sei zu diesem Schritt gezwungen worden, ist nicht aufrechtzuerhalten.

Stossend ist auch, dass das Projekt «EB Futura» angeblich künftig Schwerpunkte in den Bereichen Nachholbildung und Berufsorientierung setzen soll. Für beide Bereiche sind viele der Personen, welche jetzt entlassen werden sollen, prädestiniert. Trotzdem wurde offenbar nicht einmal ein Versuch unternommen, die betroffenen Personen in die Zukunftsplanung einzubeziehen.

Lehrpersonen demonstrieren auf einer Demo gegen Einsparungen im Bildungsbereich.

Der Bildungsabbau im Kanton Zürich führt nun zu Entlassungen an der Schule für Erwachsenenbildung.

Es muss daher als eine Mischung aus politischem Unwillen und schulischer Fehlplanung interpretiert werden, dass jetzt zahlreiche Lehrpersonen ganz oder teilweise entlassen werden. Etwa 30 Personen werden ganz entlassen – manche von ihnen haben über 30 Jahre für die EB gearbeitet. Bei den anderen werden die Pensen auf ein Minimum gesenkt.

Kanton in der Pflicht für faire Sozialpläne

Derzeit werden mit dem Mittelschul- und Berufsbildungsamt die Rahmenbedingungen des Sozialplans ausgearbeitet. Je nach Alter und Dienstalter gibt es Abfindungen; ausserdem sollen alle Entlassenen einen Zuschuss für Weiterbildungsmassnahmen erhalten. Für ältere Arbeitnehmende ab 58 Jahren sind Pensionskassengutschriften sowie die Möglichkeit von Überbrückungsrenten vorgesehen. Der VPOD ist der Meinung, dass auch die Altersgruppe der 55-58-Jährigen auf Wunsch die Möglichkeit einer Frühpensionierung (Entlassung altershalber) haben sollten, wie es im Personalgesetz des Kantons bei Restrukturierungen vorgesehen ist. Zudem setzt sich der VPOD dafür ein, dass die schlechte Auftragslage der vergangenen Monate nicht bei der Berechnung der Abfindungen einfliesst, und dass Minusstunden, welche ebenfalls durch den Kursrückgang entstanden sind, nicht den Lehrpersonen aufgebürdet werden.

Bei den Lehrpersonen der EB hat es viele Teilzeitkräfte, die bekanntlich ohnehin eine schlechtere Alterssicherung haben, da sie weniger sparen können und der Koordinationsabzug bei der Pensionskasse Teilzeitkräfte und Personen mit geringerem Einkommen deutlich benachteiligt. Die öffentliche Hand ist hier in der Verantwortung. Im Falle des Sozialplans für die Fachschule Viventa hat die Stadt Zürich seinerzeit (2009) den Anteil der Arbeitnehmenden für die Überbrückungsrente übernommen, um Härtefälle zu vermeiden. Der VPOD fordert, dass der Kanton bei der EB den Anteil der Arbeitnehmenden für die Überbrückungsrente ebenfalls übernehmen soll.

Zwischen Januar und März sind Einzelgespräche mit den Betroffenen vorgesehen. Sie haben dann zehn Tage Zeit für eine Stellungnahme zu dem Vorschlag, der ihnen vorgelegt wird. VPOD-Mitglieder können sich dafür dann ans Sekretariat wenden. ■

Christine Flitner, Zentralsekretärin VPOD Bildung.

Fotos: Florian Thalmann

Versuch eines Rückblicks: Roseli Ferreira sagt «adeus»

Vor knapp eindreiviertel Jahren hatte ich einen rasanten Start beim VPOD. Es galt, zusammen mit Fabio Höhener, dem zweiten Sekretär der Sektion Lehrberufe, sowie verschiedenen Gruppen des Aktionsbündnisses «Abbau stoppen» einen Aktionstag gegen den Abbau des Service Public (Lü16) auf die Beine zu stellen. Dank einer starken Mobilisierung kamen über 2500 Menschen zur Abschlussdemo und ich durfte meine Fähigkeiten als Moderatorin, aktivistische Poetry-Slammerin und Sängerin auf der Bühne und im Demobus unter Beweis stellen – was sogar in Mundart überzeugte, wie mir diverse Locals überrascht bestätigten.

Gleich im Anschluss beschäftigte mich mein erster kollektiver Fall an einer Musikschule im Kanton Zürich, an welcher der Schulpräsident die Lehrpersonen zur Annahme einer Änderungskündigung nötigen wollte, die nicht nur mit Lohneinbussen, sondern auch mit einem Pensionskassenwechsel zu Ungunsten der Lehrer_innen verbunden war. Dank engagierter Lehrkräfte gelang es, sich zu organisieren und zu wehren. Das letzte Wort in diesem Fall ist noch nicht gesprochen, aber es gibt Anzeichen dafür, dass sich die Causa zum relativ Guten wenden könnte – «wenigstens» strukturell.

Zum Verschnaufen gab es kaum Gelegenheit, denn parallel zum Tagesgeschäft von Beratung, Öffentlichkeits- sowie interner und externer Gremienarbeit galt es, die Musikschulinitiative arbeitnehmendenseitig mitzugestalten, sowie mit den Kolleg_innen in Zürich die Kampagne gegen die #USR3 zu fahren. Die Musikschulinitiative kam ebenso erfolgreich zustande wie zuvor die USR3 abgeschossen wurde – grosse Freude! Ein weiteres persönliches Highlight war die doppelte Portion Frauen*power im März 2017, mit der traditionellen Demo am Hechtplatz und dem Zürcher Ableger des Women's March, für den der VPOD mitmobilisierte und zu der über 10000 Menschen ihren Weg fanden. Mangels Talent und persönlicher Pink-Pussyhat-Kritik verzichtete ich zwar aufs kollektive Stricken, landete dennoch später bemützt im Tagesanzeiger, dem Charme der Kolleginnen sei Dank. Das Frauen*forum tauschte die Mütze dann gegen Laufschuhe. Ich durfte als Teil dieses Teams am Lauf gegen Rassismus mitlaufen – 2017 sogar noch erfolgreicher als im Vorjahr. Ob's am gewerkschaftlichen Nachwuchs lag, der mitlief?

Die Begleitung der Lehrkräfte an der EB Zürich, die vom Abbau an dieser kantonalen Schule betroffen sind, begann bereits im November 2016 und erforderte mindestens genauso viel Ausdauer wie der Lauf gegen Rassismus. Den Abschluss eines starken Sozialplans übernimmt nun die Kollegin Christine Flitner – vielen Dank ihr! Mein Dank gilt auch allen anderen Kolleginnen und Kollegen und den engagierten Mitgliedern an der Basis, vor allem der Berufsfachschulgruppe, MuV, den Rhythmiker_innen und dem Sektionsvorstand! Die Zeit beim VPOD war lehrreich und intensiv, und ich merke gerade, dass 2000 Zeichen viel zu kurz sind, um alle Highlights und Meilensteine zu integrieren, wie zum Beispiel den 1. Mai... Ich hoffe, Sie sehen mir dies nach. Adeus, und alles Gute!

Roseli Ferreira

Nein zur Initiative «Lehrplan vors Volk»

Die Initiative aus dem rechtsbürgerlich-konservativen Lager will, dass neue Lehrpläne zukünftig vom Parlament und nicht wie bisher von der Regierung genehmigt werden. Grund für die Lancierung der Initiative war der Lehrplan 21. Der VPOD steht grundsätzlich hinter dem Lehrplan, den Expertinnen und Experten aus 21 Kantonen zusammen ausgearbeitet und darin gemeinsame Ziele für die Schulen vorgegeben haben. Für Kritik sorgte aus gewerkschaftlicher Perspektive insbesondere die Umsetzung im Kanton Zürich. Doch auch die Annahme der Initiative würde diesbezüglich nichts verbessern. Im Gegenteil muss befürchtet werden, dass durch einen stärkeren Einfluss des bürgerlichen Kantonsrats sich künftige Lehrpläne in Richtung einer rückwärtsgewandten Schule verschlechtern würden. Im Übrigen hätte ein Ja zur Volksinitiative keinen Einfluss auf den Lehrplan 21. Dieser wird auf das Schuljahr 2018/2019 in den Zürcher Schulen eingeführt. Die Initiantinnen und Initianten schlagen damit den Sack, meinen aber den Esel.

Keine Kleingruppenzeit in der Halbklasse

Mit dem Berufsauftrag und Lehrplan 21 haben sich die Kindergartenzeiten geändert und damit auch die Stundentafeln für die knapp 4-Jährigen, die aus einer 1:1-, 1:2- oder 1:3- bzw. 1:6-Betreuungssituation in den Kindergarten mit einer 1:20-Betreuung übertreten. Beziehung ist der Schlüssel für gutes Lernen. Der Nachmittag mit kleinerem Betreuungsschlüssel fällt nun weg und damit auch die Möglichkeit, Beziehung zu intensivieren. Macht das Sinn?

Berufsauftrag: Bereit für die Pensenvereinbarung

Die Verbände SekZH, VPOD und ZLV rufen in Erinnerung, dass beim neuen Berufsauftrag (nBa) der Schutz der Lehrpersonen (LP) vor zeitlicher Überbelastung im Vordergrund steht. Die ersten Erfahrungen aus dem Schulfeld weisen jedoch nicht in diese Richtung. Deshalb sind wir der Überzeugung, dass der Berufsauftrag in verschiedenen Punkten dringend nachgebessert werden muss. Dazu braucht es ein gut informiertes Kollegium und den aktiven Einsatz aller Lehrpersonen für bessere Arbeitsbedingungen zum Wohl der ganzen Schule. Aus diesem Grund hat der VPOD gemeinsam mit den anderen Verbänden ein Merkblatt mit konkreten Tipps für die Verhandlung mit der Schulleitung vorbereitet. Das Merkblatt, ein Zeiterfassungs-Tool und weitere Infos findest du auf www.berufsauftrag.ch ■

VPOD-Parolenspiegel 4. März 2018

BUND

Bundesbeschluss vom 16. Juni 2017 über die neue Finanzordnung 2021	Ja
Volksinitiative vom 11. Dezember 2015 «Ja zur Abschaffung der Radio- und Fernsehgebühren» (Abschaffung der Billag-Gebühren)	Nein

KANTON ZÜRICH

Kantonale Volksinitiative «Lehrplan vors Volk»	Nein

Wahlen in Winterthur, Zürich und weiteren Gemeinden des Kantons Zürich

Der VPOD unterstützt folgende KandidatInnen:

STADTRAT ZÜRICH

Corine Mauch, SP Stadtpräsidium
André Odermatt, SP
Richard Wolff, AL
Karin Rykart, Grüne
Nina Hüsser, Juso

STADTRAT / STADTPRÄSIDIUM WINTERTHUR

Christa Meier SP

Die Wahlplattform des Gewerkschaftsbundes des Kantons Zürich GBKZ sowie die Wahlempfehlung für die Parlamentswahlen in Zürich, Winterthur und weiteren Gemeinden finden sich unter:

www.gbkz.ch

Agenda

Details zu allen Veranstaltungen sowie weitere Kurse und Tagungen unter zuerich.vpod.ch/kalender/

14.4.2018:
Save the Date:
GV Sektion Lehrberufe
Samstagnachmittag, 14. April 2018

IMPRESSUM **VPOD ZÜRICH PFLICHTLEKTION:** Organ des VPOD Zürich Lehrberufe, Birmensdorferstrasse 67, 8036 Zürich, Tel: 044/295 30 00, Fax: 044/295 30 03, www.vpod-zh.ch, **Redaktion:** Fabio Höhener
Layout und Druck: ROPRESS, 8048 Zürich, **Nr. 1 / Februar 2018,** erscheint fünf Mal jährlich, 3. Jahrgang, Auflage: 2800

Studien geben Hinweise darauf, dass bei Lehrpersonen ein gelungener Berufseinstieg positive Auswirkungen auf reflexive Haltung und Widerständigkeit hat.

David-W- / photocase.de

Reflexive Haltung zentral für die Schulpraxis

Wie die Forschung zeigt, ist für Lehrpersonen der Berufseinstieg ein zentraler Weichensteller für die eigene Berufsbiografie. Lehrerinnen und Lehrer sollten deshalb von Beginn ihrer Unterrichtstätigkeit an dabei unterstützt werden, den eigenen Unterricht kritisch zu hinterfragen und fortwährend weiterzuentwickeln. Von Daniela Freisler-Mühlemann und Dimitri Paskoski

Seit der umfassenden Reform der Lehrerinnen- und Lehrerbildung in der Schweiz in den 1990er Jahren werden Qualität und Wirkung der Schule in der Wissenschaft wie der Öffentlichkeit intensiv diskutiert. Die Implementierung bildungspolitischer Massnahmen wie die Einführung von Schulleitungen, neuen Aufgaben in der Schul- und Unterrichtsentwicklung sowie in der kooperativen Zusammenarbeit haben eine erhebliche Wandlungsdynamik in den Schulen ausgelöst. Dabei tun sich aus Sicht der Lehrpersonen Spannungsfelder auf zwischen eigener Berufserfahrung und einem sich fortwährend verändernden Bildungssystem. Berufsbiografische Forschung nimmt diese Spannungsfelder auf und setzt sich zum Ziel, den Dialog zwischen der Berufsbiografie der Lehrperson und gesellschaftlichen Entwicklungen zu durchleuchten.

Dieser Beitrag geht der Frage nach, wie sich strukturelle Veränderungen auf die Berufsbiografien von Lehrpersonen der Volksschule auswirken. Um diese zu beantworten, wird auf Ergebnisse aus zwei Studien[1] zurückgegriffen, die sich mit Berufsbiografien von Lehrpersonen beschäftigt haben. Die in den Studien ausgewerteten biografischen Erzählungen der Lehrpersonen zeigen, wie die strukturellen Veränderungen von den Lehrpersonen selbst wahrgenommen wurden. Durch die Verbindung einer solchen Biografieforschung mit einem diskursanalytischen Zugang, der in Rede und Verhalten integrierte soziale Diskurse und Normen beschreibt, ist es möglich, die Wirkungen von institutionellen und öffentlichen Diskursen und Normen auf die Berufsbiografien von Lehrpersonen zu beschreiben.

In den zwei oben genannten Studien wurden 16 Lehrpersonen zu ihren Berufserfahrungen befragt. Von den 16 Lehrpersonen waren 8 krankgeschrieben und nahmen an einer Intensivweiterbildung teil, weitere 8 befanden sich im Schuldienst. Diese 11 Frauen und 5 Männer unterrichteten zum Zeitpunkt der Befragung zwischen 9 und 32 Jahre lang auf unterschiedlichen Schulstufen der Volksschule.

Die Studienergebnisse werden hier entlang von Berufsphasen wie Berufswahl, Ausbildung, Berufseinstieg und Berufstätigkeit präsentiert. Die Befunde zeigen, dass es problematische und weniger problematische Relationen zwischen wahrgenommener Veränderung und Lehrperson gibt. Diese

beginnen sich laut den Daten bereits früh in der Berufsbiografie abzuzeichnen und prägen Haltungen in der Schulpraxis.

Berufswahl und Ausbildung

Vielfältig sind die Beweggründe dafür, den Lehrberuf zu ergreifen, sie erstrecken sich vom lange gehegten Berufswunsch, spezifischen Rollenvorbildern und familialer Tradition bis hin zur pragmatischen Entscheidung:

- «Schon als Zweitklässler (habe ich) gewusst, ich werde einmal Lehrerin»;
- «Ich habe schon einen Lehrer gehabt, welchen ich sehr mochte, welcher mir gesagt hat, du musst Lehrerin werden, du kannst das gut, du bist begabt»;
- «Grossmutter (…) Lehrerin gewesen, Primarlehrerin. Und die Schwester von meinem Vater ist (…) Primarlehrerin»;
- «Das Sekundarlehramt hat sich noch so angeboten.»

«An den positiv wie auch an den negativ konnotierten Berufseinstiegen zeigt sich eine nachhaltige Wirkung dieser Phase auf die Berufsbiografie.»

So unterschiedlich diese Berufswahlmotive auch sind, sie spielen in den berufsbiografischen Erzählungen alle eine grosse Rolle, indem der eigene Berufsverlauf im Lichte der ursprünglichen Motive gedeutet wird.

Als weniger bedeutsam als erwartet aber mit nachhaltiger Wirkung auf die Berufsbiografie der Lehrpersonen erscheint dagegen die Ausbildungsphase. Die befragten Lehrpersonen wurden noch nach dem seminaristischen Modell ausgebildet, also vor der Lehrerinnen- und Lehrerbildungsreform. Die Lehrpersonen betonen besonders die Berufspraktika als erfahrungsrelevante Quelle, in denen sie eine direkte, beruflich entscheidende und lebensnahe Erfahrung sehen: «Habe aber gemerkt, es ist also schon noch happig, dieses Schule geben. Die wollen mir gar nicht immer so folgen.» Bedeutsam erscheint das Praktikum auch dort, wo es als fehlende Erfahrungsmöglichkeit angemerkt wird:

- «Nachher haben wir, wohl drei Jahre Ausbildung gehabt, nie ein Praktikum! jamais!»; Das Praktikum steht nicht bloss für Praxiserfahrung, sondern wird von den Lehrpersonen als praxisnah angeleitete Ausbildungsform verstanden, die einen geschützten Erfahrungsraum bietet und verhindert, dass man sich beim Berufseinstieg, «so am Anfang als Junglehrer, wenn man noch nicht akzeptiert ist», etwas verloren vorkommt.

Berufseinstieg als berufsbiografischer Weichensteller

Als negative, belastende Erfahrung in der Einstiegsphase werden die «Stellvertretungen» geschildert, die den Berufseinstieg wesentlich mitprägen. Stellvertretung steht fast ausnahmslos dafür, dass sich die Lehrpersonen mehr oder weniger als «unvorbereitet» und «ungeschützt» in eine belastende Dynamik hineingeraten sehen. Und doch zeichnet fast alle untersuchten Berufsbiografien ein solcher Einstieg in den Lehrberuf aus:

- «Ich habe nachher ein oder zwei Stellvertretungen gemacht in dieser Zeit, bin eigentlich jedes Mal froh gewesen, wenn sie durch waren»;
- «Die erste Stelle war eben gar nicht so eine erste Stelle im dem Sinne, sondern da habe ich irgendwie an drei oder an sogar vier verschiedenen Schulen ein bisschen Hauswirtschaft gegeben. Das war so ein Jahr lang ein bisschen zusammengewürfelt».

Die anfängliche Verunsicherung, die fehlende Anerkennung und die ausgebliebene Unterstützung im kollegialen Umfeld prägen die Erfahrungen der Berufseinsteigenden:

- «Ich kann mich jetzt nicht daran erinnern, dass (…) jemand auf mich zugekommen wäre und gefragt hätte: Soll ich dir etwas helfen? Brauchst du etwas oder so? Ich habe mich einfach dürägmetzged dort.»
- «Ich musste an meinem Outfit arbeiten und nachher habe ich mir einen Gouvernanten-Look zugelegt, (…) damit die Kinder jetzt endlich merken, dass ich älter bin als sie. Aber ich habe auch Sexualkunde unterrichten müssen, weil das niemand gewollt hat.»

Diese Erfahrungen bloss als Beklagen der Umstände zu verstehen, wäre zu kurz gegriffen. In ihnen manifestiert sich vielmehr eine Struktur institutioneller Gewohnheiten und Normen, die sich auf berufsbezogene Erfahrungen in späteren Phasen auswirken. Der Berufsanfängerin, die Sexualkunde hat übernehmen müssen, wird in der ersten Konferenz des Kollegiums klargemacht: Man «sagt (…) noch nichts» als Junglehrerin. Ihr seien sie «fremd gewesen, diese Strukturen» und sie blieben ihr fremd. In dieser Berufsbiografie fällt wie in manch anderen auch auf, dass auf den «belastungsgeprägten» Berufseinstieg eine ähnliche Berufslaufbahn folgt. Bestätigt wird dieser Zusammenhang durch positiv konnotierte Beispiele wie unter anderem hier:

- «Nach einem Jahr hatte ich dann wirklich meine erste Stelle, also wirklich sechs Gruppen und es war schön, das fand ich super, das war meine Schulküche und meine Klassen und meine Schule und mein Kollegium und jetzt kann ich es so machen, wie ich es möchte. Ich kann selber verantwortlich sein.»

An den positiv wie auch an den negativ konnotierten Berufseinstiegen zeigt sich eine nachhaltige Wirkung dieser Phase auf die Berufsbiografie. Bei Junglehrpersonen, die sich fremd und einsam dem Berufsfeld überlassen fühlten, ist eine Distanz zum Berufsfeld feststellbar, die verantwortlich dafür zu sein scheint, dass keine positive Identifikation mit dem Berufsfeld entstanden ist. Wo hingegen Akzeptanz festgestellt werden konnte, ist ein Bezug zur Schule und zum Kollegium entstanden, der einen positiven Berufsverlauf stützt.

Reflexivität unterstützt die Berufspraxis

In den Berufsbiografien mit einem belastungsgeprägten Berufseinstieg zeigt sich weiter, dass die anfänglich überfordernde pädagogische Situation mit der Zeit zwar funktional gemeistert wird, die Belastung jedoch bleibt, weil sie durch strukturelle Träger wieder ins Spiel kommt:

- «Der Zeitaufwand für all die zusätzlichen Sitzungen, wo ich im Nachhinein manchmal denke: Hey, wie haben wir das dann früher vor 30 Jahren gemacht. Heute hat man Hauskonferenz, dann hat man in der nächsten Woche eine Gesamtkonferenz und dann hat man pädagogische Konferenz und dann hat man Stufenkonferenz und jede Woche war noch ein zusätzlicher Nachmittag.»
- «Und da ist ein anderer Teil der Arbeit, der eigentlich in den letzten Jahren immer grösser geworden ist, der mich auch schneller belastet, der mir zwischendurch ein schlechtes Gewissen macht. Ich habe sehr lange Berufserfahrung, arbeite sehr viel aus dem Gefühl heraus auch, ich habe das Gefühl, ich spüre die Kinder, und könne mit ihnen gehen, und dann kommen auf der anderen Seite die Fragen von der neuen Ausbildung, von der Dokumentation, vom Festhalten, von der Zusammenarbeit mit der Schule, die meine Arbeit hier wie einengen.»

Nebst ihrem pädagogischen Kernauftrag, dem Unterricht, haben Lehrpersonen weitere Aufgaben in der Schul- und Qualitätsentwicklung und in der Zusammenarbeit mit verschiedenen Akteuren wie den Schulleitungen, dem Kollegium, weiteren Fachpersonen und den Eltern. Alles zusätzliche Anforderungen, die hier als Verlust von Autonomie wahrgenommen werden. Auch hier zeigt sich eine Distanz zum Berufsfeld, die jene zu reproduzieren oder zu verlängern scheint, die in Verbindung mit

der Berufseinstiegsphase festgestellt werden konnte. Dadurch entsteht die Erfahrung vom Fremdsein in den Schulstrukturen, denn die Lehrpersonen fühlen sich in ihrer eigenen beruflichen Situation nicht wahrgenommen. Sie sehen einen unüberwindbaren Graben zwischen institutionellen Zusatzanforderungen und ihrer beruflichen Kernaufgabe. Auch in der öffentlich-medialen Debatte wird die Thematik so aufgenommen: «Das zermürbt alle Akteure», stand kürzlich in der NZZ am Sonntag, und weiter: «Eine wirksame Bildungspolitik müsste darum zwingend mehr an den Menschen glauben und weniger an Systeme und Strukturen».[2] Diese Aussage reformuliert die erwähnte Distanz zum Berufsfeld. Deren Folge ist, dass neue Aufgabenfelder stellenweise reflexartig auf Ablehnung stossen, ohne dass deren Sinnhaftigkeit auch nur ansatzweise reflektiert wird: «Man nimmt sich zu wenig Zeit für eine gewisse Reflexion vom eigenen Tun und Handeln und von der Situation.» Denn Reflexivität setzt eine möglichst getreue Wahrnehmung dessen voraus, was reflektiert werden soll, ob es Situationen oder Prozesse sind. Lehrpersonen mit einer nicht überwundenen Entfremdung und Ablösung vom Berufsfeld fehlt die Basis für eine reflektierte, kontinuierliche und präsente Auseinandersetzung mit auftauchenden Problemen, die ihnen oft fliessend, nicht greifbar und unbeherrschbar erscheinen. So antworten diese Lehrpersonen auf die Probleme mit dem Gefühl bedrängter Betroffenheit: «also früher habe ich immer das Gefühl gehabt, ich muss die Kinder nähren, unter die Fittiche nehmen, schützen und jetzt habe ich das Gefühl sie laugen mich aus, sie seien gefrässige, masslose Wesen, welche einfach nie genug haben», oder selbstschonender Distanzierung: «bis so vor zehn Jahren, würd ich sagen, habe ich eine sehr gute Zeit gehabt. Also fast paradiesische Zustände. Und nachher ist das so schleichend gekommen, immer wieder schwierigere Schüler, wo mehr Probleme machen und mehr Sitzungen heraufbeschwören, wo Handlungsbedarf ist, und und und.»

Eine entscheidend andere Haltung nehmen Lehrpersonen ein, die Reflexivität und Sinnbildung praktizieren und dadurch die Verbindung zum Berufsfeld, zur Schülerschaft und zum Unterrichtsgeschehen aufrechterhalten:

- «Ich bin eigentlich zufrieden mit meinem Beruf. (...) Ich kann (...) viele interessante Dinge machen mit meinen Schülern. Ich habe (...) den Bezug zu den Schülern noch recht gut.»
- «Und ich habe wirklich das Gefühl, ich habe eben einen guten Faden zu den Kindern, die ein bisschen schwächer sind oder irgendwie so Probleme haben (in diese) kann ich mich relativ gut hineinversetzen (...) Und ich probiere natürlich auch, die Stärkeren zu fördern.»

«Wichtig ist [bei Reflexion und Entwicklung der eigenen Praxis], dass nicht nur die interaktive Ebene pädagogischer Arbeit gesehen wird, [...] sondern auch die institutionelle Ebene»

Interessant an dieser Haltung ist, dass sie eine Wirkung zeigt, die mehr ist als die blosse Antwort auf strukturelle Bedingungen. In den Berufsbiografien mit einem weniger belastungsgeprägten Berufseinstieg zeigt sich die Entfaltung einer reflektierten, entwicklungsbereiten und mit dem Berufsfeld verbundenen Haltung. Es ist darüber hinaus zu beobachten, dass sie auf schwierige Phasen in der Berufstätigkeit widerständig reagieren:

- «In dieser Phase war ich vielleicht am Tiefsten, vielleicht so vom Feeling her (...) Und seither denke ich aber auch wieder, da habe ich auch Gutes herausgenommen. Eben ein wenig Gelassenheit habe ich sicher gelernt dabei und dass ich auch einmal was einfach gehen lassen kann.»

Lehrpersonen, die eine reflektierte, kontinuierliche und präsente Haltung entwickelt haben, zeichnen sich dadurch aus, dass sie stets bemüht sind adäquate Antworten auf auftauchende Probleme zu generieren, ohne sich in «Fluchtreflexe» und «Fluchtdiskurse» zu begeben: «Da passieren Sachen, wo die Weisungen der Erziehungsdirektion halt in eine andere Richtung gehen, und dann muss ich halt drei Mal leer schlucken und akzeptieren, und in meinem kleinen Gärtchen in diesem Rahmen das Optimale herausholen.» Diese Haltung bildet zugleich die Voraussetzung für eine gelingende Berufspraxis.

Konsequenzen für Forschung, Lehre und Weiterbildung

Die Ergebnisse der Studien zeigen, dass eine reflexive Haltung für die Berufspraxis zentral ist. Reh und Schelle[3] sprechen in diesem Zusammenhang von «Professionalität durch Reflexivität». Im Thesenpaper der EDK zur wirksamen Lehrerinnen- und Lehrerbildung bildet der Erwerb einer generellen Reflexionsfähigkeit den Kern der pädagogischen Professionalität.[4] Die Stärkung von Reflexivität scheint in allen berufsbiografischen Phasen wichtig zu sein. Des Weiteren lässt sich aus den Ergebnissen schlussfolgern, dass beim Berufseinstieg, der ein wichtiger Weichensteller für den weiteren Berufsverlauf ist, Unterstützung für die Lehrpersonen nötig ist. Als problematisch haben sich Stellvertretungen als Berufseinstiegsform gezeigt, weil sie wenig Gelegenheit bieten zur Identifikation mit dem Berufsfeld. Dies scheint sich wiederum negativ auszuwirken auf spätere berufsbiografische Phasen. Diese Zusammenhänge müssten aus unserer Sicht in zukünftigen Untersuchungen näher betrachtet werden.

Die Aus- und Weiterbildung von Lehrerinnen und Lehrern bietet eine grosse Angebotspalette an institutionalisierter Unterstützung, um die eigene Reflexivität weiterzuentwickeln. Damit wird angehenden und berufstätigen Lehrpersonen die Gelegenheit geboten, in einem institutionellen Setting, begleitet von Professionellen, «die eigene Praxis systematisch zu entwickeln und immer wieder kritisch zu hinterfragen. Wichtig ist dabei, dass nicht nur die interaktive Ebene pädagogischer Arbeit gesehen wird, (...), sondern auch die institutionelle Ebene (zu) thematisieren»[5]. Dadurch kann gezielt an der eigenen Haltung gearbeitet werden, mit dem Ziel, einen kontruktiven Umgang mit den Komplexitäten des Schulalltags zu finden. ■

Prof. Dr. Daniela Freisler-Mühlemann ist Leiterin des Schwerpunktprogramms «Berufsbiografien und Professionalisierung von Lehrpersonen» an der Pädagogischen Hochschule Bern.

Dr. Dimitri Paskoski ist Dozent für Deutsch am Institut «Sekundarstufe I» der Pädagogischen Hochschule Bern.

1 Die beiden Studien «Berufsbiografien von Lehrpersonen. Eine Analyse von Biografisierungs- und Subjektivierungsprozessen» und «Biografische Krisen und ihre Bewältigung im Lehrberuf. Eine Fallrekonstruktionsstudie auf Grundlage der Grounded Theory» wurden gefördert durch den Schweizerischen Nationalfonds und durch die Pädagogische Hochschule Bern.

2 Bosshard, Carl (25.11.2017). Unsere Lehrer und Lehrerinnen brauchen mehr Freiheit! NZZ am Sonntag.

3 Reh, Sabine & Schelle, Carla (2010). Der Fall im Lehrerstudium – Kasuistik und Reflexion. In: Schelle, Carla; Rabenstein, Kerstin & Reh, Sabine (Hrsg.), Unterricht als Interaktion: ein Fallbuch für die Lehrerbildung (13-23). Bad Heilbrunn: Julius Klinkhardt Verlag.

4 Ambühl, Hans & Stadelmann, Willi (Hrsg.) (2011). Wirksame Lehrerinnen- und Lehrerbildung – Gute Schulpraxis, gute Steuerung. Bern: EDK.

5 Dausien, Bettina (2014). Ein Interview mit Bettina Dausien über pädagogische Biografiearbeit. http://erwachsenenbildung.at/aktuell/nachrichten_details.php?nid=7511

Sprachmittlung ist mehr als Übersetzen

In der Arbeitsgemeinschaft zur Förderung des mehrsprachigen Unterrichts in der Schweiz (APEPS) arbeiten Lehrpersonen, Bildungsfachleute und SprachwissenschaftlerInnen aus der ganzen Schweiz mit. An der APEPS-Jahrestagung Mitte November in Fribourg setzten diese sich mit Thema «Sprachmittlung» auseinander. Von Esther Menet

Der Titel der APEPS-Jahrestagung 2017 lautete «Sprachmittlung im Sammelsurium der Sprachen – La médiation dans le dédale des langues». Der Begriff «Sprachmittlung» bedeutet nicht einfach nur Übersetzung von Sprachen, sondern richtet den Fokus insbesondere auch auf die AdressatInnen, den situativen Rahmen und den Sinn der übermittelten Inhalte.

Im «Gemeinsamen europäischen Referenzrahmen für Sprachen»[1] (GER) ist der Begriff wie folgt erklärt: «Sprachmittelnde Aktivitäten, also die Umformung eines schon vorhandenen Textes, nehmen eine wichtige Stellung im alltäglichen sprachlichen Funktionieren unserer Gesellschaften ein» (GER, 26). Die Beurteilung von Sprachmittlung bezieht sich nicht auf die Kompetenz in einer Sprache, sondern auf die Fähigkeit, «mit verschiedenen Sprachen, mit einem mehrsprachigen Repertoire umzugehen» (vgl. GER, 169). Eine so verstandene Sprachmittlung ist hilfreich in der interkulturellen Verständigung, im bilingualen Unterricht und in Austauschprojekten.

Voraussetzungen des «Sich-Verstehens»

Im ersten Tagungsteil erfuhren die Teilnehmenden viel über den komplexen Beitrag der ÜbersetzerInnen und interkulturellen MediatorInnen zur erfolgreichen Kommunikation zwischen Zugewanderten und Behörden in den Regionen Fribourg, Jura und Bern. «Se comprendre» (www.secomprendre.ch) heisst der vorbildliche interkulturelle Dolmetscherdienst für die Regionen Freiburg, Jura und den französischsprachigen Teil des Kantons Bern. Interkulturelle Dolmetscherinnen und Dolmetscher leisten Vermittlungsarbeit in 40 Sprachen und werden in Spitälern, Schulen und anderen Institutionen eingesetzt. Barbara Ouedraogo vom Dolmetscherdienst «Se comprendre» beleuchtete den ethischen Kodex, die transkulturelle Rolle der DolmetscherInnen und den Trialog.

Frau Feyrouz Ounaies legte aufgrund ihrer Erfahrungen als Dolmetscherin im Kanton Freiburg dar, welche Voraussetzungen für diese Arbeit notwendig sind: sehr gute Sprachkenntnisse in beiden Sprachen, Kenntnisse der Kulturen der Herkunftsländer und der Schweiz, ein offener Geist sowie eine grosse Empathie verbunden mit der Fähigkeit, Klischees in Frage zu stellen.

Ein gelungenes und nachahmenswertes Modell für gute Kooperation zwischen Behörden und Migrationsfamilien stellte Vera Conde Lateltin vor: Eltern mit Migrationshintergrund werden durch eine Kontaktperson nicht nur über die Schule informiert, sondern auch über längere Zeiträume begleitet und in ihrer Elternrolle unterstützt. Das Ziel dabei ist eine gute Zusammenarbeit zwischen Schule und Familie. Die Eltern werden zunächst willkommen geheissen und die Mediatorin lässt sich zu ihnen nach Hause einladen. Die Informationen erfolgen mündlich und nicht nur schriftlich, es entsteht eine oft langjährige Vertrauensbeziehung zur Mediatorin. Je nach Bedarf kommt zusätzlich eine Dolmetscherin zum Einsatz.

Grundlagen für Mehrsprachigkeit schaffen

Movetia (www.movetia.ch), die neue Schweizer Agentur für Austausch und Mobilität unter der Direktion von Olivier Tschopp, zielt auf eine Förderung des nationalen und internationalen Austausches und der Mobilität im gesamten Bildungsbereich. Die neue nationale Strategie wurde an der Tagung ausführlich vorgestellt und anschliessend auch aus austauschpädagogischer und interkultureller Sicht diskutiert: «Es geht darum, eine Kultur des Austauschs und der Mobilität zu schaffen.» Movetia unterstützt hierfür unter anderem Ferien- und Klassenaustausch, Mobilitätsprojekte, Sprachassistenz und Kooperationsprojekte.

Die Beiträge zu den Kommunikationsstrategien der SchülerInnen im bilingualen Unterricht in der Primarstufe stammten von Ivana Vuksanovic (Analysen von didaktischen Sequenzen), Kristel Ross (Kommunikationsstrategien der Kinder in der zweisprachigen Schule in Biel) und Sandra Tinner (praktische Umsetzung im Technikunterricht). Als didaktisches Beispiel für den Sprachenlernprozess wurde die praktische Arbeit von SchülerInnen angeführt, die ein technisches Objekt, zum Beispiel ein Windrad, konstruieren. Dabei sind sie gezwungen, Konstruktionsanleitungen in der Zielsprache zu verstehen. Sie erschliessen sich so kurze Texte in der Zielsprache, ohne jedes einzelne Wort verstehen zu müssen. «Explore-it» stellt für einen solchen Unterricht fertige Schachteln zur Verfügung. (www.passepartout-sprachen.ch/2015/06/explore-it_billingue/)

Gelebte Mehrsprachigkeit

An der Tagung war die Mehrsprachigkeit nicht nur Thema, sondern wurde auch praktiziert. Die Mehrsprachigkeit der TagungsteilnehmerInnen wurde von der Tagungsleiterin Christine Le Pape Racine wahrgenommen und thematisiert. Es schwirrten meistens mehrere Sprachen im Raum und erzeugten eine angenehme Resonanz. Man verstand sich leicht und war bereichert. Präsentiert wurde zum Beispiel auf Französisch, während die zugehörigen Powerpoint-Folien auf Deutsch projiziert wurden. In Gesprächen fand oft auch ein Code-Switching statt. An der Tagung wurden die Teilnehmenden aufgefordert, den Umgang mit Mehrsprachigkeit und Sprachmittlung während der Veranstaltung kritisch zu beobachten und im Evaluationsformular Vorschläge zu machen, wie dieser noch verbessert werden kann.

Josef Bossart, ein mehrsprachiger Liedermacher und Sänger aus Fribourg sowie Michel Simonet, Strassenwischer und Autor des Buches «Mit Rose und Besen», rundeten mit ihren künstlerischen Darbietungen die Tagung ab. Ein intensives und vergnügliches speed dating mit Gesprächen über Erfahrungen in mehrsprachigen Situationen sowie Aperitifs und gemeinsame, vorzügliche Mahlzeiten ermöglichten das Kennenlernen und den Austausch zwischen den TagungsteilnehmerInnen aus allen Bildungsstufen.

Unterlagen und Präsentationen zur Jahrestagung sind zu finden unter www.plurilingua.ch. ■

Esther Menet ist Sekundarlehrerin sowie Dozentin für Deutsch als Zweitsprache und Sprachdidaktik.

1 Daniel Coste, Brian North und John Trim (2013): Gemeinsamer europäischer Referenzrahmen für Sprachen: Lernen, lehren, beurteilen. Stuttgart.

Foto: Esther Menet

Was der Nachteilsausgleich bedeutet

Ein Plädoyer für die Akzeptanz von Verschiedenheit und die individuelle Unterstützung von SchülerInnen.

Von Beatrice Friedli Deuter

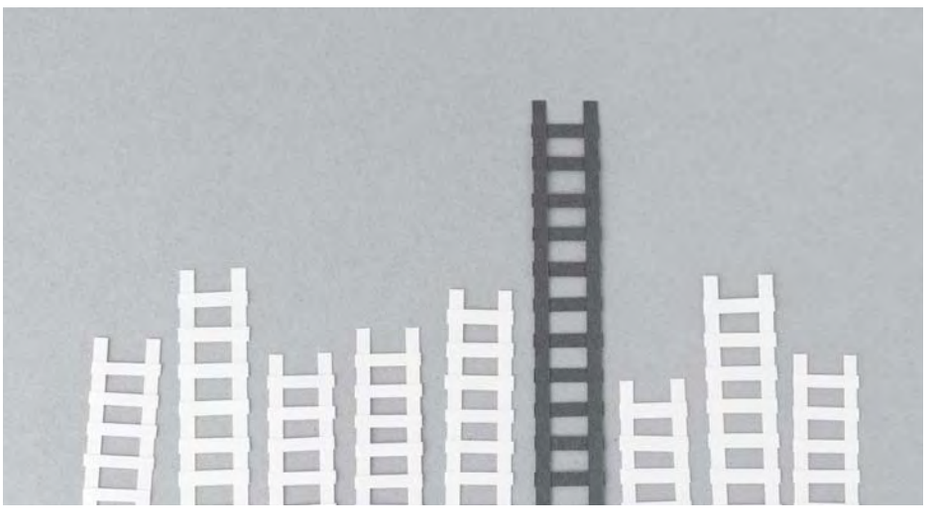


Foto: Marie Maerz / photocase.de

Eigentlich ist es einfach: Es ist normal, verschieden zu sein, und deshalb sollen nicht alle gleichbehandelt werden. Diese Erkenntnis liegt der Idee des Nachteilsausgleichs zugrunde: «Der Nachteilsausgleich strebt in seinen Grundgedanken an, sich der Gerechtigkeit anzunähern. Gerechtigkeit ist relativ und muss immer neu gesucht, ausgehandelt und gemeinsam erschaffen werden» (P. Lienhard). Nun scheint es doch nicht ganz so einfach zu sein, denn solche Gerechtigkeit kann in der Schule offenbar nur Fuss fassen, wenn das Kind von einer Fachstelle abgeklärt ist, die entsprechenden Formulare ausgefüllt sind und die gemeinsam verfasste Vereinbarung von allen Beteiligten unterschrieben vorliegt. Kantonal unterschiedliche Merkblätter dazu kann man als Unterstützung downloaden.

Erst wenn alles geklärt ist, darf ich als Lehrperson einem Kind mehr Zeit für eine Lernkontrolle geben als den anderen Kindern. Korrekt und gerecht, weil bürokratisch und schriftlich festgelegt?

Eine Annäherung an Gerechtigkeit?

Ist der Nachteilsausgleich tatsächlich eine Annäherung an gerechte Verhältnisse? Oder wird da nicht vielmehr unter der Maske der Fürsorge einer falschen Gerechtigkeit gefrönt und letztlich Raum für eine subtile Diskriminierung geschaffen? Entsteht der Nachteil nicht erst durch die Setzung normierter Ziele? Machen wir das Kind nicht zum Benachteiligten, weil wir für alle Kinder die gleichen Ziele und Normen festlegen, daran festhalten und vergessen, dass der Lehrplan und damit die Lernziele lediglich als Orientierung zu sehen sind?

Wären wir nicht fixiert auf eine Norm, die letztlich von uns selber festgesetzt worden ist, könnten wir das Kind als Individuum wertfrei mit seinen Stärken und Schwächen sehen und es auf seinem Weg unterstützend begleiten. Wer sich die Freiheit erlaubt, auf eine festgesetzte Norm zu verzichten, kennt keinen Nachteil – in Bezug worauf denn? Das Kind geht seinen Weg, mit seinen Talenten und Schwierigkeiten. Dabei braucht es Unterstützung, Zeit, Hilfsmittel, Anregungen, Ruhe und Raum – eine wertfreie Begleitung.

Von der Neurowissenschaft wissen wir, wie entwicklungsfördernd der Blick auf die Ressourcen eines Kindes ist und wie unterschiedlich Entwicklungsphasen verlaufen. Dieses Wissen und das Vertrauen in die individuelle Entwicklung des Kindes gehören zur Basis der Pädagogik.

Was teilen wir einem Kind mit, wenn wir sagen: Da bist du benachteiligt, da fehlt dir etwas, aber wir helfen dir? Deinen Nachteil gleichen wir aus. Blick und Energie sind dabei auf das Fehlende gerichtet und nicht auf das Kind mit seinen Ressourcen. Es erfährt: Mir fehlt etwas, ich bin nicht ok.

Meiner Ansicht nach ist das keine Annäherung an Gerechtigkeit, eher eine entwicklungshemmende Diskriminierung. Dabei geht es nicht darum, Behinderungen zu negieren, sondern um die Akzeptanz der Verschiedenheit und die sich daraus folgerichtig ergebende Ungleichbehandlung.

Heterogenität erfordert Ungleichbehandlung

Gerechtigkeit in der Pädagogik hat mit der Haltung, mit einem offenen Blick zu tun: Jedes Kind will gesehen, als Individuum erkannt und in seiner Entwicklung begleitet und gefördert werden. Dazu braucht jedes Kind unterschiedlich viel Zeit und eine ihm angepasste Unterstützung – das ist normal und hat nichts mit Benachteiligung zu tun. In Klassen mit dieser Grundhaltung können Kinder lernen, dass es normal ist, wenn Linus mehr Zeit braucht als die andern, Anna einen ruhigen Einzelplatz braucht oder Elsa den Test auf dem Computer schreiben kann. Das ist alles gerecht – dazu braucht es keine Bestätigung oder Erlaubnis, keine Formulare, sondern den gesunden Menschenverstand und das Wissen, dass Heterogenität genau diese Ungleichbehandlung einfordert. Das ganze Thema der Beurteilung – ach! Seit Kronig uns die Zufälligkeit im Beurteilungssystem aufgezeigt hat, sind wir Lehrpersonen gefordert, Beurteilung als ein Instrument zu sehen, welches Kinder im Lernen unterstützt und ihnen Orientierung in ihrer Entwicklung gibt – mehr ist sie nicht.

Nicht Zeit geben, sondern Zeit lassen

Ein persönlicher abschliessender Gedanke: Wie wäre es, wenn wir uns zum Beispiel durch die «langsamen» Kinder zu etwas mehr Musse, Geduld und Zeit zu vertiefter Wahrnehmung verleiten liessen – gratis. Wir müssten einfach hinschauen und erkennen, was uns die Kinder zeigen und was wir von ihnen lernen können. ■

Beatrice Friedli Deuter ist Lehrerin, schulische Heilpädagogin und Schulleiterin der Gesamtschule Schüpberg sowie Dozentin an der Pädagogischen Hochschule Bern.

Angelus Novus

Ein Film über Kinderalltag im Zeichen von Migration, Ängsten und Hoffnung für die Zukunft.

Von Holger Twele

Der etwa neunjährige Ali und sein jüngerer Bruder Mohammad sind mit ihren Eltern als afghanische Flüchtlinge gerade erst in der Türkei angekommen. Kaum der türkischen Sprache mächtig erlebt Ali seinen ersten Schultag, während sich die Eltern in der angemieteten Wohnung notdürftig einrichten. Wie Alis Onkel plant auch die Familie, später über Bulgarien weiter nach Mitteleuropa zu gelangen. Die beiden Kinder bewundern den Onkel für seinen Mut und stellen sich vor, wie er sich tapfer gegenüber den in Bulgarien lebenden Wölfen verteidigt. Unterdessen erfährt die ganze Familie durch die Fernsehnachrichten, dass eine riesige Anzahl von Flüchtlingen aus Syrien in Ostanatolien angekommen ist.

Überleben am Rande der Gesellschaft

Um zum Lebensunterhalt der Familie beizutragen und etwas Geld für die bevorstehende Weiterreise zu sparen, ziehen die Brüder jeweils nach der Schule und dem Mittagessen gemeinsam los, um sich als Schuhputzer zu betätigen. Mohammad macht die Leute lautstark auf das Serviceangebot aufmerksam, während Ali am Rande eines Strassencafés die Schuhe auf Hochglanz bringt. Eines Tages taucht ein anderer Junge mit einem Schuhputzkasten auf, den Ali mit einer Drohgebärde vorerst vertreiben kann. Doch am nächsten Tag sieht der Vater zufällig, dass der Standplatz seiner Söhne bereits besetzt ist. Ohne zu zögern machen sich die Brüder auf den Weg, um den Eindringling zu vertreiben. Sie überfallen ihn von hinten und zerstören sein Handwerkszeug. Nach dieser Tat haben die beiden Gewissensbisse und schieben sich gegenseitig die Schuld für die angewandte Gewalt zu.

Am nächsten Morgen kommt ein neuer Schüler in Alis Klasse. Yassin kommt wie Ali aus einem fremden Land. Ali erkennt in dem syrischen Jungen den vermeintlichen Eindringling wieder, den er mit seinem Bruder zusammengeschlagen hat...

Der Film ist auch für Kinder gut verständlich, die noch nicht über das entsprechende gesellschaftspolitische Hintergrundwissen verfügen, denn die Geschichte lässt sich auch auf andere Situationen übertragen. Darüber hinaus verfügen heute etliche Kinder bei uns über eigene oder überlieferte Migrationserfahrungen und können sich daher gut in die jungen Protagonisten einfühlen, die ihre Heimat verlassen mussten und sich plötzlich

Fotos: FilmeineWelt

in einer fremden Umgebung und in einer fremden Sprache zurechtfinden müssen. Und auch die Situation, nach einem Umzug der Eltern in eine neue Klasse zu kommen ist alles andere als ein extremer Einzelfall. Der Film baut sogar bewusst auf solchen Erfahrungen auf, indem er den Neuzugang in einer Klasse gleich zwei Mal inszeniert, wobei es sich bei den «Neuen» jeweils um Kinder aus einem fremden Land handelt.

Flüchtlinge in der Türkei

Die politischen Hintergründe und die Einordnung des Films in eine bestimmte historische Situation erschliessen sich dagegen nur einem kundigen Zuschauer, zumal sie in Bezug auf die Türkei und Syrien nur vage angedeutet werden. Die Situation in Afghanistan, der Kampf gegen die Taliban und die insgesamt instabile Lage des Staates, die sicher zur Flucht der Familie in die Türkei beigetragen haben, werden sogar komplett ausgeblendet. Sie sind letztlich nicht unabdingbar für ein Grundverständnis des Films, gestatten bei entsprechendem Vorwissen allerdings eine differenziertere Sicht der Dinge.

Verständlicherweise konnten die Macher des 2014 produzierten und Anfang 2015 erstmals öffentlich gezeigten Films die in Richtung Diktatur weisenden Vorgänge in der Türkei – und die sich in den Folgemonaten verschärfende Entwicklung im Umgang mit hunderttausenden von Flüchtlingen vor allem aus Syrien – allenfalls ahnen. Damals gehörte die Türkei noch zu den sich Europa zugehörig fühlenden Ländern, die mit Abstand die meisten Flüchtlinge vor allem aus dem Nahen Osten und aus Mittelasien sowie aus dem vom Bürgerkrieg geschüttelten Syrien aufgenommen hatten.

Die Grenzen nach Europa waren noch nicht so streng abgeschottet und mit Grenzzäunen versehen wie heute. Vielen Flüchtlingen gelang es noch, über die sogenannte Balkanroute bis nach Westeuropa zu gelangen. Ungefährlich war diese Route, die offenbar der Onkel der Brüder mit Hilfe von Schleppern eingeschlagen hat, zu keiner Zeit, da man sich auch damals auf Gedeih und Verderb Schleppern und Schleusern anvertrauen musste.

Didaktische Anregungen

Der Kurzspielfilm erhebt nicht den Anspruch, politische und gesellschaftliche Hintergründe bis ins Detail zu liefern. Wie bereits erwähnt lässt sich mit dem Film unter verschiedenen Gesichtspunkten mit Kindern arbeiten, die ungefähr im Alter von Ali sind. Das betrifft insbesondere die Gefühle, fremd in ein neues Land oder auch nur in eine neue Klasse zu kommen und den Umgang mit Gewalt bei auftretenden Konflikten im persönlichen Lebensumfeld.

Beim Einsatz und in der Arbeit mit dem Film stehen die folgenden Aspekte und Fragestellungen im Mittelpunkt, die von der Lehrperson aufgegriffen werden können:

- Empathie für die Situation von Flüchtlingen aus Krisenregionen unter besonderer Berücksichtigung von Fluchterfahrungen und daraus resultierenden Ängsten
- Suche nach neuen Lebensperspektiven in einem fremden Land speziell aus der Sicht von Kindern mit Migrationserfahrung
- Integrationsbemühungen der Lehrperson vor dem Hintergrund der gesellschaftlichen Rahmenbedingungen
- Veränderungen in der Flüchtlingspolitik (insbesondere von Deutschland, Europa und in der Türkei)
- Offener Schluss (Wie geht es insbesondere mit Ali und Yassin weiter?)

Filme lesen lernen

Jedes Filmkunstwerk möchte nicht nur als thematischer Aufhänger dienen. Die Dramaturgie, die Umsetzung der Themen und der Geschichte in eine ästhetische Form mit Hilfe der filmsprachlichen Mittel dürfen bei einer Auseinandersetzung mit den Inhalten nicht unter den Tisch fallen (siehe dazu das Schwerpunktthema der letzten Ausgabe von vpod-bildungspolitik). Als Anregung dazu gibt es auf www.filmeeinewelt.ch ein Arbeitsblatt, das dabei helfen soll, sich auch über die verwendeten Motive, die aussergewöhnliche Kameraarbeit und die Cadrage des Films Gedanken zu machen. Manchmal ist es sogar von Vorteil, sich über einzelne Bilder den Themen eines Films zu nähern, da in diesem Fall die Auseinandersetzung mit dem Film nicht ausschliesslich auf sprachlicher Ebene erfolgt. Erfahrungen haben gezeigt, dass Kinder und Jugendliche oft erstaunliche Antworten und Bemerkungen zur Machart eines Films finden und den Erwachsenen darin nicht selten deutlich überlegen sind.

BNE-Kompetenzen

Zur Bildung für Nachhaltige Entwicklung gehören personale, soziale, fachliche und methodische Kompetenzen sowie spezifische BNE-Kompetenzen. Die Arbeit mit «Angelus Novus» unterstützt insbesondere die Förderung der Kompetenzen «Perspektiven wechseln», «sich als Teil der Welt erfahren», «eigene und fremde Werte reflektieren», «Verantwortung übernehmen und Handlungsspielräume nutzen». ■

Angelus Novus – Reise ins Ungewisse. Kurzspielfilm von Aboozar Amini, Afghanistan/Niederlande/Grossbritannien 2015, 25 Minuten. Alter und Zielgruppe: ab 12 Jahren; 3. Zyklus (Sekundarstufe I), Sekundarstufe II, Berufsschule Sprache: Dari-Türkisch, Deutsch oder Französisch untertitelt. Der Film ist auf DVD und auf dem VOD-Portal zur Miete (Streaming oder Download) verfügbar.

Angelus Novus hatte seine Premiere auf dem Internationalen Filmfestival in Rotterdam und gewann weltweit mehrere Preise.
Bestellungen DVD (Fr. 25.-): éducation21, Tel. 031 321 00 22, verkauf@education21.ch

Hinweis: Der ausführliche Text und weitere Informationen zum Film finden sich unter www.filmeeinewelt.ch.

Fotos: FilmeeineWelt

Eine Armee von Bots und ein Attentäter

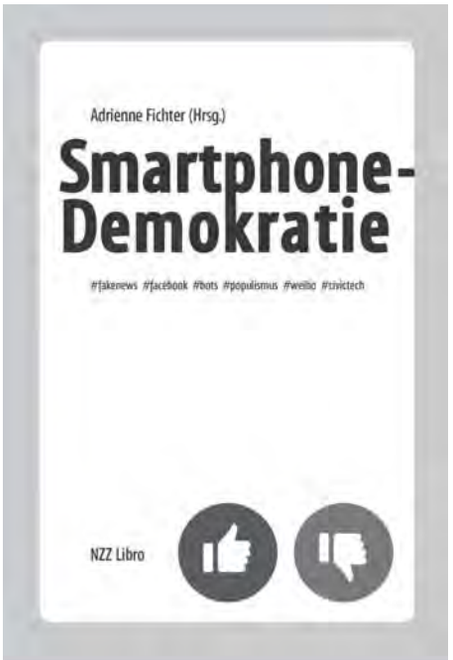
Ein neuer Sammelband über Veränderungen in der Politik durch digitale Informations- und Kommunikationstechnologien zeigt, wie notwendig Medienkompetenz heute ist. Von Johannes Gruber

Der von Adrienne Fichter neu herausgegebene Sammelband «Smartphone-Demokratie» enthält 17 Aufsätze über den Strukturwandel der Demokratie in Zeiten fortschreitender Digitalisierung und zunehmender Bedeutung von Social Media. Allein sieben von diesen sind von der Herausgeberin selbst verfasst, die Politologin und Journalistin ist – unter anderem ist sie eine der Mitgründerinnen der neuen Online-Zeitschrift «Republik». In zehn Beiträgen kommen dagegen andere ExpertInnen aus Wissenschaft und Journalismus zu Wort, die sich pionierhaft mit dem Verhältnis von Politik und Social Media beschäftigen.

Colin Porlezza entwickelt so zum Beispiel eine Typologie von Fake News und analysiert deren Produktion und Distribution. In ihrem gehaltvollsten Beitrag erläutert Adrienne Fichter die Verfahrensweisen des «Programmatic Campaigning» und «Micro Targeting», eines personalisierten Wahlkampfs, in dem auf der Basis von Big Data ausgewählte Wählergruppen bis hin zu Individuen mit «massgeschneiderten und teilweise frei erfundenen Geschichten» versorgt werden.

Welche Rolle heute Social Bots – bei diesen handelt es sich um kleine, eigenständig agierende Computerprogramme – bei der politischen Meinungsbildung spielen, thematisiert Martin Fuchs in seinem Beitrag «Warum Social Bots keine Gefahr für die Demokratie darstellen». Dass nach Studien mittlerweile mehr als die Hälfte des gesamten Internetverkehrs durch Bots erzeugt werden, erscheint jedoch durchaus bedenklich. So schätzt eine Studie, dass 15 Prozent der Beiträge auf Twitter zum Brexit-Abstimmungskampf von Social Bots erzeugt wurden. Gerade bei knappen Mehrheitsverhältnissen kann es durchaus entscheidend sein, in Bots zu investieren: «Für wenige Tausend Euro bekommt man 10000 Social Bots für alle möglichen Netzwerke, die dann für die Manipulation eingesetzt werden können.» Fuchs sieht deshalb digitale Medienkompetenz als wichtige Aufgabe von Kindergarten, Schule und Erwachsenenbildung. Neben einer Sensibilisierung der Nutzer ist der Einsatz von entsprechender Software vonnöten, mit der Bots identifiziert und deklariert werden können, sodass diese ihre Gefahr verlieren.

Wie Algorithmen immer mehr unseren Alltag bestimmen, indem diese auf der ihnen zur Verfügung stehenden Datenbasis berechnen, welche Eigenschaften und Neigungen wir haben, ist Thema des Beitrags von Anna Jobin. Ob wir bei der Einreise in ein Land einer Sonderkontrolle an der Grenze unterzogen werden und welche Vorschläge die Google-Suchfunktion macht, all dies ist das Werk von Algorithmen. Wer etwa die Digitalkompetenz nicht hat zu durchschauen, dass die Information der Google-Suchfunktion auf Algorithmen basiert, in die auch das eigene Surfverhalten einfliesst, der läuft Gefahr den Wissensstatus der Suchergebnisse zu verkennen. So wie Dylan Roof, der 2015 neun afroamerikanische Kirchgänger erschoss. In einem anschliessenden Bekenntnisschreiben, «beschrieb Roof, wie er dank bestimmter Google-Resultate rassistisch ‹geläutert› worden sei [...] aufgrund ideologisch gefärbter Suchbegriffe und deren Gewichtung [geriet er] recht schnell in eine immer rassistischer werdende selbstverstärkende Spirale von Resultaten.» Kein Beispiel könnte besser die Gefahren digitaler Kommunikations- und Informationstechnologien sowie die Notwendigkeit von digitaler Medienkompetenz vor Augen führen. ■



Adrienne Fichter (Hg.):
Smartphone-Demokratie. # fakenews # facebook # bots #weibo #civitech,
NZZ Libro, Zürich 2017. 272 Seiten, circa Fr. 38.–

vpod

Zur Verstärkung unserer Redaktionsgruppe suchen wir engagierte VPOD-Mitglieder, die Erfahrung im Bildungsbereich haben. Willkommen sind dabei Lehrende aus allen Bildungsstufen.

Die Redaktionsarbeit besteht vor allem aus der gemeinsamen Erarbeitung von Konzepten für Themenschwerpunkte. Wichtig sind im Konkreten auch Vorschläge von Artikeln und AutorInnen sowie das Schreiben von Textbeiträgen. Die Redaktion trifft sich circa viermal jährlich.

Wir würden uns über jede Form von Mitarbeit freuen.
Bitte meldet euch unter:
redaktion@vpod-bildungspolitik.ch

vpod ssp

Foto: zettberlin / photocase.de

Weiterbildung nach einer marktlichen Logik

Ein neuer Sammelband zeigt Entwicklungen in der Weiterbildung, unter anderem mit Bezug auf die Arbeit des Zentrums für universitäre Weiterbildung in Bern. Von Martin Stohler

Weiterbildung im universitären Rahmen ist in der Schweiz ein relativ junges Phänomen. Das Zentrum für universitäre Weiterbildung (ZUW) der Universität Bern gestaltete als eine der ersten hochschulischen Weiterbildungsstellen die Entwicklung in bedeutendem Masse mit. Prägend war dabei Karl Weber, der von 1990 bis 2009 als Direktor des Zentrums forschend, lehrend und beratend wirkte.

Ziel des von Therese E. Zimmermann, Wolfgang Jütte und Franz Horváth herausgegebenen Buches «Arenen der Weiterbildung» ist es zum einen, Karl Webers Wirken in der Rückschau zu würdigen. Zum andern sollen die diversen Beiträge des Bandes die Reflexion über Weiterbildungen und ihre Weiterentwicklung anregen.

«Standardisierte Leistungstests würden [...] endlich die Grundlagen liefern, um die Effektivität und Effizienz bildungspolitischer Massnahmen empirisch zu überprüfen.»

Webers Werdegang und sein Zugang zur universitären Weiterbildung werden in einem langen Interview beleuchtet, das Mitherausgeber Wolfgang Jütte, Professor für Weiterbildung an der Fakultät für Erziehungswissenschaften an der Universität Bielefeld, mit Weber geführt hat. Darin umreisst Weber das Vorgehen an der Uni Bern folgendermassen: «Wir betrieben eine höchst sparsame eigene Strukturbildung. Demgegenüber nutzten wir bestehende Strukturen und wendeten jene geltenden Regeln an, die sich an der Uni Bern etabliert hatten. Das heisst: Die Weiterbildungskommission funktionierte wie andere universitäre Kommissionen auch. In ihr mussten alle Fakultäten vertreten sein, weil in einer fakultätszentrierten Universität deren Goodwill wichtig ist. Und die relevanten Reglemente wurden dem Senat vorgelegt und durch ihn verabschiedet. (...) Weiter haben wir frühzeitig die Evaluation der eigenen Weiterbildungsangebote vorangetrieben. Diese lieferten relevante Informationen und Daten dazu, wie die Programme wirklich funktionieren. Dann haben wir über Drittmittel Projekte realisieren können, deren Thematik in der Weiterbildung oder im breiten Feld der nachobligatorischen Bildung lagen.»

Apropos Kosten der Weiterbildungsprogramme bemerkt Weber: «Wir haben (...) relativ früh hohe Teilnehmendengebühren verlangt, was die Kolleginnen und Kollegen aus Deutschland implizit kritisch kommentiert haben. (...) Für sie war es völlig undenkbar, nach einer marktlichen Logik und gewissermassen unternehmerisch für Weiterbildung mehr oder weniger kostendeckende Gebühren zu verlangen.»

Für das Buch, das vieles mit einer Festschrift gemein hat, haben die HerausgeberInnen «Autorinnen und Autoren, die in irgendeiner Form mit Karl Weber verbunden sind», um einen Beitrag gebeten. Vor diesem Hintergrund erstaunt es nicht, dass die Texte ein grosses Themenspektrum abdecken. Da finden sich etwa ein «Plädoyer für einen nicht-normativen, also wissenschaftlichen Bildungsbegriff» (Paul Kellermann), ein «Versuch» über «die Vorlesung im Zeitalter ihrer technischen Reproduzierbarkeit» (Burkhard Lehmann) oder Betrachtungen über «das Salongespräch – die dialogische Methode als Basis universitärer Weiterbildung» (Maja Wicki-Vogt). Daneben gibt es auch Blicke über die Landesgrenze; so stellen Andreas Hadjar und Justin Powell «Luxemburg als Weiterbildungsarena» am Beispiel eines «Studienganges an einer noch jungen Forschungsuniversität» vor, während Klaus Harney sich mit der «Identifikation von Ausbildungsmärkten und ihre[r] Bedeutung für die Trägerschaft der Weiterbildung am Fall des Ruhrgebiets» befasst.

Therese E. Zimmermann, Wolfgang Jütte, Franz Horváth (Hg.):
Arenen der Weiterbildung.
hep Verlag, Zürich 2016.
310 Seiten, circa Fr. 40.–

Um den Eindruck der Beliebigkeit zu vermeiden, haben die HerausgeberInnen die Beiträge in vier verschiedenen «Schubladen» untergebracht und das Buch entsprechend gegliedert. Eine erste Gruppe bilden vier Texte, die unter die Überschrift «Begriffe, Modelle, Forschungszugriffe» gestellt wurden. Die drei anderen «Schubladen» sind: «Lernen und Lehren» (vier Beiträge), «Weiterbildungsstudiengänge» (vier Beiträge) und «Strukturen» (sieben Beiträge). Zu Letzteren gehört auch ein kurzer Text von George Sheldon, Prof. em. für Arbeitsmarkt- und Industrieökonomie an der Uni Basel, der als Massnahme gegen «ethnische Diskriminierung im Bildungssystem» zu einer «besser fundierten Selektion» rät. Dazu biete sich «ein einfaches Mittel an: die Einführung standardisierter Leistungstests landesweit. Sie würden nicht nur für mehr Meritokratie sorgen, sondern endlich die Grundlagen liefern, um die Effektivität und Effizienz bildungspolitischer Massnahmen empirisch zu überprüfen, in Zeiten knapper Mittel keine unattraktive Aussicht.» ■

Kurznachrichten

NEIN zur Lehrplan-Initiative im Kanton Bern!

Am 4. März 2018 wird im Kanton Bern über die «Lehrplan-Initiative» abgestimmt. Der VPOD engagiert sich in einem breit abgestützten Komitee, das die Initiative ablehnt. Mit dieser werde dem Berner Stimmvolk ein Mitspracherecht vorgaukelt, in Wahrheit aber die Abschaffung des Lehrplan 21 (LP21) angestrebt.

Nach Ansicht von VPOD-Sekretärin Béatrice Stucki missbrauche die Initiative die Demokratie, um den Lehrplan 21 zu verhindern. Solche Fachwerke eignen sich aufgrund von Umfang und Komplexität nicht für direktdemokratische Abstimmungen. Andere Mitglieder des Komitees werden in einer Medienmitteilung des Komitees mit Befürchtungen zitiert, eine Annahme der Initiative werde den Kanton Bern isolieren, wertvolle Aufbauarbeiten zu Nichte machen und zu grossen Unklarheiten bis hin zum Chaos führen. Auch der Berner KMU-Direktor Christoph Erb schliesst sich dem an und betont zudem die Wirtschaftsfeindlichkeit der Lehrplan-Initiative.

Gute Arbeitsbedingungen für gute Bildung

Am 16. und 17. März findet in Neuchâtel die VPOD-Verbandskonferenz Bildung Erziehung Wissenschaft statt. Der Arbeitsdruck in der Schule nimmt stetig zu. Zwei Vorträge an der Konferenz widmen sich dem Thema «gute Arbeitsbedingungen». Zudem diskutieren wir in Arbeitsgruppen und einer Podiumsdiskussion mit Kolleginnen und Kollegen aus der ganzen Schweiz die Frage, was wir gewerkschaftlich dafür tun können, um die Arbeitsbedingungen im Bildungsbereich zu verbessern.

Für VPOD-Lehrerinnen und Lehrer aller Stufen, vom Kindergarten bis zur Hochschule.

Anmeldung in den VPOD-Regionalsekretariaten. www.vpod.ch

Interbiblio ermöglicht Bibliotheksangebote in Bundesasylzentren

Interbiblio, der Dachverein der interkulturellen Bibliotheken der Schweiz, hat zusammen mit dem Staatssekretariat für Migration SEM in einem Projekt Bibliotheksangebote für Bundesasylzentren entwickelt. Das Projekt wurde zwischen Juni 2016 und Oktober 2017 in fünf Bundeszentren der deutschen, französischen und italienischen Schweiz umgesetzt und soll fortgesetzt werden.

Bundesasylzentren sind die ersten Anlaufstellen für Menschen, die in der Schweiz um Asyl suchen. Bibliotheksangebote mit Medien und Leseaktivitäten können wichtige Bedürfnisse der Gesuchstellenden in einer Zeit der Ungewissheit und des Wartens abdecken: Sie können zur Entspannung und geistigen Anregung der Gesuchstellenden beitragen, deren eigenständiges Lernen fördern und Eltern bei der Sprach- und Leseförderung ihrer Kinder unterstützen.

Interbiblio wertete das Projekt als einen Erfolg, in allen Zentren sei es gelungen, «Freude und Interesse an Büchern und Geschichten zu wecken und Zugang zu Medien sowie zu Materialien zum selbständigen Sprachstudium zu schaffen.»

Bei der angestrebten Fortsetzung des Projekts sollen auch die Mitarbeitenden der Zentrumsbetreuung geschult werden, so dass diese die Bibliotheksaktivitäten selber übernehmen können. Zudem wird angestrebt, die Bibliotheksangebote mit dem geplanten internen Schulbetrieb der Bundeszentren zu verknüpfen.

Der ausführliche Projektbericht ist abrufbar unter: http://www.interbiblio.ch/images/4._Projektbeschriebe/Alle_Altersstufen/Asylzentren/Bericht_Bundesasylzentren_Interbiblio_def.pdf

Was tun gegen rassistische Diskriminierung am Arbeitsplatz?

Ein Weiterbildungskurs des VPOD am 3. März 2018 führt in die Begriffe und Phänomene «Rassismus» und «Diskriminierung» am Arbeitsplatz ein. Es werden die Rechtsnormen thematisiert, die Menschen vor rassistischer Diskriminierung schützen. Anhand von Beispielen aus dem Arbeitsalltag werden Strategien besprochen, wie im Einzelfall gegen Diskriminierung vorgegangen werden kann. Und darüber hinaus werden Ansatzmöglichkeiten für die Entwicklung diskriminierungsfreier Organisationsstrukturen diskutiert.

Der Kurs wird unterstützt von der Fachstelle für Rassismusbekämpfung des Bundes.

Die Weiterbildung findet am 3. März 2018 von 9:30 bis 17:30 Uhr im VPOD-Zentralsekretariat Zürich statt.
Anmeldung unter: info@vpod-ssp.ch

Movendo-Programm 2018

Das Weiterbildungsprogramm von Movendo, dem Bildungsinstitut der Gewerkschaften, ist für das Jahr 2018 online zugänglich unter www.movendo.ch. Unter anderem angeboten werden Kurse zu sozialen Rechten in der Schweiz, Europa und weltweit; Digitalisierung; Geschichte der Gewerkschaftsbewegung; Streiks in der Schweiz.

Einfach gut unterrichten

Ein neues Lehr-, Arbeits- und Praxisbuch zur allgemeinen Didaktik vereint zeitgemässe Konzepte, Methoden und Reflexion. Angehende und erfahrene Lehrpersonen finden darin Anregungen, Praxistipps und theoretische Impulse für einen individuellen, an aktuellen Standards angepassten Unterricht. Für beide soll das Buch eine theoriegestützte und praxisorientierte Hilfe sein, um in Übereinstimmung mit pädagogisch begründeten Standards einfach und gut zu unterrichten.

Hans Berner, Rudolf Isler und Wiltrud Weidinger (2018): Einfach gut unterrichten. hep verlag, Bern. 344 Seiten, circa Fr. 39.– ■

Foto: Willowman / photocase.de

Videoportfolio statt Lehrprobe

Digititalisierung hat auch Auswirkung auf die Ausbildung zukünftiger Lehrpersonen. An der Pädagogischen Hochschule der FHNW erfolgt die Überprüfung berufsrelevanter Kompetenzen wie Planungs-, Handlungs-, Analyse- und Reflexionsfertigkeit neustens mittels eines Videoportfolios.
Von Kerstin Wenk

Je nach anvisiertem Studienabschluss respektive Lehrdiplom filmen die Studierenden an der PH FHNW am Ende ihrer Ausbildung unterschiedliche und verschieden lange Unterrichtseinheiten. Die Lektionen können während des Praktikums gefilmt werden oder aber auch während des regulären Unterrichts, den Studierende während ihrer Ausbildung bereits in Teilzeitpensen erteilen. Die Studierenden müssen zuerst die Einwilligung der Eltern einholen, dass ihre Kinder während des Unterrichts gefilmt werden dürfen.

Planung, Filmen, Reflexion

Das Videoportfolio soll in seiner Form die Regeln einer wissenschaftlichen Arbeit berücksichtigen, weitere formale Vorgaben werden nicht gemacht. Die Studierenden müssen eine vollständige Unterrichtsplanung über mehrere Unterrichtslektionen in einem Schulfach erstellen. Zwei Feinplanungen von Lektionen, die in der ganzen Länge gefilmt werden, ergänzen die Vorbereitung. Diese müssen von den realen Voraussetzungen der Klasse ausgehen und dienen dann auch als Grundlage zur Reflexion des Unterrichts.
Die Videos werden nach folgenden Kriterien beurteilt:

Unterstützendes Klima; Achtsamkeit der Lehrperson; Berücksichtigung und Einbezug der Sichtweise der Lernenden; Lenkende Unterrichtsgestaltung und Förderung der produktiven Arbeitsweise.

Von den gefilmten Lektionen stellen die Studierenden Ausschnitte zusammen, welche lernförderliche respektive lernhemmende Elemente enthalten. Die Auswahl muss begründet werden und dient der Analyse.

Der Umfang des Videoportfolios umfasst 30000 Zeichen für die Planungsdokumente, 25000 Zeichen für die Analyse und Reflexion sowie die im Unterricht verwendeten Blätter als Anhang. Die Studierenden erhalten einen 14-seitigen Leitfaden nach dem sie vorgehen können.

Das Video und alle Unterlagen werden schliesslich in einem Tool hochgeladen. Damit die beiden Begutachtenden das Material auch sichten dürfen, müssen die Studierenden ebenfalls das Nutzungsrecht freigeben. Nach der Abgabe haben die Studierenden keinen Zugang mehr zu ihrer Arbeit. Begutachtet werden die Arbeiten von Mitarbeitenden der PH FHNW, also von erfahrenem Fachpersonal aus dem Schulumfeld. Nach der Beurteilung erhalten die Studierenden eine Gesamtbewertung mit einer Note. Bei Bestehen erhalten sie vier Credit Points. Bei einer ungenügenden Benotung kann die Prüfung einmal im nächsten Semester wiederholt werden.

Kritische Auseinandersetzung

Die GE im vpod region basel liess sich das ganze aufwändige Verfahren an einem Treffen von Praxislehrpersonen, Lehrerinnen und Lehrern sowie Studierenden der PH FHNW vorstellen. Die Studierenden merkten vor allem an, dass der Aufwand extrem hoch sei und dieser zu einem höchst ungünstigen, eh bereits sehr stressigen Moment des Studiums betrieben werden müsse. Vor allem die Aufgaben, welche nicht direkt mit dem Unterricht zu tun hätten, würden sehr viel Zeit in Anspruch nehmen, so zum Beispiel auch die Transkription der Unterrichtsstunden. Auch das Filmen in der Klasse stelle sich in der Praxis als schwierig heraus, vor allem im Kindergarten und in der Primarschule. Die Kinder würden sich schnell von der Kamera ablenken lassen. Dadurch würde der gefilmte Unterricht nicht die Realität darstellen. Weiter sehen die Studierenden den Mehrwert dieser sehr umfangreichen Arbeit für ihre Zukunft nicht, denn sie erhalten nur eine Note ohne weitere Begründung. Somit können sie nur vermuten, was sie richtig erkannt und umgesetzt haben. Ganz im Sinne von «Schwamm darüber – Hauptsache vorbei».

Die Praxislehrpersonen bedauerten, dass sie für die Beurteilung der Studierenden nun keine Rolle mehr spielen sollen. Das verstehen sie auch als Misstrauensvotum, als ob man ihnen als erfahrene Lehrpersonen eine Beurteilung nicht mehr zutrauen würde. Auch die Lehrpersonen fanden, dass der Aufwand extrem hoch sei – und dass diese Prüfung nichts mehr mit den Kindern im Klassenzimmer zu tun habe. Es zähle nicht mehr die Praxis oder der Umgang mit dem Kind, sondern auch hier würde schliesslich der wissenschaftliche Teil in der Ausbildung aufgewertet. Die Praxislehrpersonen wünschen sich aber junge Lehrerinnen und Lehrer, die vor allem im Klassenzimmer gute pädagogische Arbeit leisten.

Die GE im vpod region basel wird sich weiter kritisch mit dem Thema «Videoportfolio» auseinandersetzen. ■

Kerstin Wenk ist als VPOD-Regionalsekretärin in Basel für den Bildungsbereich zuständig.

Foto: waranyu / photocase.de

Tagesschulen für Bildung und Betreuung in Basel-Land

Warum es Tagesschulen auch im Kanton Basel-Land braucht und wie man diese politisch durchsetzen kann, damit beschäftigte sich eine Veranstaltung des Vereins «Bildung + Betreuung» in Liestal.
Von Béa Bieber

Gegen 40 Teilnehmer*innen aus Politik, Bildung und weiteren interessierten Kreisen insbesondere von Baselbieter Gemeinden trafen sich im Herbst 2017 im Frenkenbündten-Saal in Liestal, um sich mit Fragen der schulergänzenden Betreuung auseinanderzusetzen.

Lukas Ott, damals noch Stadtpräsident, hielt in seinem Grusswort fest, dass familienergänzende Kinderbetreuung für Liestal wichtig ist und hier bereits entsprechend gehandelt wird: «Umfassende Tagesstrukturen sind zwar in Liestal Normalität, ... er sei aber der Meinung, dass dieses Thema nicht den Gemeinden allein überlassen werden kann, sondern auch der Kanton in der Pflicht ist. Unter anderem auch, um eine gute Qualität der Angebote zu sichern.»

Berner Modell

Ueli Keller, Vorstandsmitglied des Veranstalters «Bildung+Betreuung Schweiz», begrüsste Miriam Kull als Hauptrednerin. Sie ist die Leiterin des Fachbereichs «Schulergänzende Angebote» für den Kanton Bern. In ihrem Referat zeigte Frau Kull auf, was dort vor zehn Jahren nötig war, um die Entwicklung von Schulen mit Tagesbetreuung auf den Weg zu bringen. Eine Volksinitiative wies die Regie übergeordnet dem Kanton zu. Das Berner Modell sieht vor, dass der Kanton die Lohnkosten für die Tagesbetreuung (aktuell insgesamt dreissig Millionen Franken jährlich) trägt, und die Gemeinden die Infrastrukturkosten übernehmen. Die Eltern beteiligen sich einkommensabhängig mit einem Beitrag für die Betreuung und tragen die Kosten für das Essen. In den letzten zehn Jahren hat sich die Nutzung der modularen Tagesstrukturen im Kanton Bern um 70 Prozent erhöht, und die Kinder, die Angebote nutzen, tun das länger und öfters als zu Beginn der Einführung. 85 Prozent der Kinder im Kanton Bern haben inzwischen Zugang zu einem modularen Tagesschulangebot, 60 Prozent zu einem Vollzeitbetreuungsangebot. «Für die Gemeinden ist es nicht immer einfach, die nötigen Räume zur Verfügung zu stellen. Aktuell müssen wir uns um eine gute Lösung für die Betreuung während der Schulferien kümmern. Der Spardruck beim Kanton setzt uns hier keine einfachen Rahmenbedingungen», hielt die Berner Fachfrau abschliessend fest.

Was es in Basel-Land zu tun gibt

Moderiert von Hanspeter Stoll gab es anschliessend unter den Tagungsteilnehmenden spannende Diskussionen in kleinen World-Café-Gruppen (siehe Foto links oben). Folgende zwei Fragen dienten dabei als Orientierung: «Was hat das Referat bei mir ausgelöst?» und «Was kann sich in meiner Gemeinde betreffend Bildung und Betreuung verändern, wenn Tagesschulen eingeführt werden?»

Als Fazit der Veranstaltung können folgende Punkte festgehalten werden:

- Ein Selbstverständnis für ein Betreuungsangebot an Kindergärten und Schulen ist im Kanton Basel-Land noch zu schaffen.
- Auf kantonaler Ebene empfiehlt sich dafür insbesondere eine Zusammenarbeit der Bereiche Bildung und Soziales.
- Auf Stufe Gemeinde kann die Verknüpfung der Bereiche Bildung und Betreuung zu einer gemeinsam tragenden Haltung führen.
- Wo möglich sind für die schulische Tagesbetreuung vor Ort bestehende ausserschulische Angebote miteinzubeziehen.
- Günstige Elternbeiträge sollen allen Kindern mit familienexternem Betreuungsbedarf den Zugang ermöglichen.
- Sozialbilanzen (Belege für die Wirksamkeit solcher Angebote) können eine positive Haltung zur Tagesschule fördern.

Zum Schluss wurde noch die Idee geäussert, dass auch im Kanton Basel-Land eine Initiative dem Thema Tagesschulen Fahrtwind geben könnte. Allerdings zeigen die bisherigen Erfahrungen, dass ein Vorstoss aus einer parteipolitischen Ecke kaum erfolgsversprechend sein dürfte. Deshalb müssen allenfalls breit abgestützte, tragfähige Allianzen gebildet werden, um so das Thema voranzubringen. Und es braucht auch im Baselbiet vermehrt Menschen, die sich für Tagesschulen stark machen und dafür den Lead übernehmen! ■

Béa Bieber ist Projektleiterin und Fachberaterin bei K&F, Fachstelle für Kinder und Familien, Ennetbaden.

Foto: Béa Bieber

GE vpod basel lehrberufe

Abonniert die Zeitschrift «vpod bildungspolitik» mit regionalem Basler Teil!

Auch inhaltliche Beiträge sind jederzeit willkommen!

Die Zeitschrift «vpod bildungspolitik» erscheint fünf Mal pro Jahr. Ein Jahresabonnnement für 2018 kostet Fr. 40.–
Bestellt werden kann die Zeitschrift per E-Mail unter redaktion@vpod-bildungspolitik.ch sowie über unsere Homepage

vpod-bildungspolitik.ch

Silvia Fankhauser in ihrem Basler Atelier. Auch einen Grossteil ihrer Freizeit verbringt die Werklehrerin mit textilen Arbeiten.

Foto: Johannes Gruber

Handwerk als Anliegen

Ein Interview mit Silvia Fankhauser über Erfahrungen aus 35 Jahren Unterricht im Kindergarten und als Lehrerin für textiles Werken an der Primarschule.

Von Johannes Gruber

Ich treffe die Kollegin Silvia Fankhauser in ihrem Familienatelier im Basler Quartier Breite. Sie ist Lehrerin für textiles Werken und Gestalten in Birsfelden am Kirchmattschulhaus.

Ursprünglich hat Silvia das Kindergartenseminar absolviert und anschliessend als Kindergärtnerin gearbeitet. Weil sie die handwerkliche und künstlerische Arbeit mit Stoffen besonders reizte, entschloss sie sich, sich zu spezialisieren und eine Zusatzausbildung zur textilen Werklehrerin zu absolvieren. Seit einigen Jahren arbeitet sie ausschliesslich in diesem Bereich. Das Handwerk ist ihr ein wirkliches Anliegen. In ihrem Unterricht vermittelt sie ihren SchülerInnen Techniken wie Weben, Häkeln, Filzen. Zu Beginn sind dies erst einmal einfache Grundtechniken wie einfädeln und Knoten machen, am Ende der Primarschule schliesslich auch das Nähen mit der Nähmaschine. Als Lehrperson für textiles Werken hat sie ihre Schülerinnen und Schüler in der Regel durchgängig von der zweiten bis zur sechsten Klasse, sodass sie diese langfristig begleiten und bei ihren Reifeprozessen unterstützen kann. Sie wisse stets, was die Kinder bereits gelernt haben, was sie können, worauf sie in ihrem Unterricht aufbauen könne.

Politisierung durch die Lohnfrage

Bei einigen Punkten fehlt es Silvia an der offiziellen Wertschätzung gegenüber dem Handwerklichen, dies werde auch bei der Entlohnung der Werklehrerinnen deutlich. Selbst bei einer vierjährigen Fachausbildung seien die Werklehrerinnen ohne klassisches Primarlehrerinnenpatent gegenüber den Primarlehrpersonen eine Lohnklasse schlechter gestellt. Davon ist auch Silvia betroffen. Da inzwischen in Basel-Land auch Kindergartenlehrpersonen die gleiche Lohnklasse wie Primarlehrpersonen haben, wird sie damit auch schlechter entlohnt als diese.

Die Lohnfrage war es auch, die Silvia in den 1990er Jahren dazu bewog, in den VPOD einzutreten. Als damals in Basel-Land die Lohnklassenangleichung zwischen Kindergarten- und Primarlehrpersonen erfolgte, aber willkürlich festgelegt wurde, dass ein volles Pensum der Kindergartenlehrpersonen nur mit 80 Prozent der neuen Lohnklasse entlohnt werde, führte dies bei Vielen letztlich zu einer spürbaren Lohnkürzung, was auch mit geringeren Zulagen wie der Familienzulage zu tun hatte. Silvia war empört über diese Ungerechtigkeiten und versuchte innerhalb des LVB, bei dem sie damals noch Mitglied war, Einfluss zu nehmen, etwas gegen diese Lohnkürzungen zu unternehmen. Als sie merkte, dass der LVB nicht dazu bereit war, habe sie sich entschieden zum VPOD zu wechseln. Der VPOD hat sich für die Kindergartenlehrpersonen stark gemacht und die Lohnkürzungen vor die kantonale Schlichtungsstelle gebracht. Leider lehnte damals das Kantonsgericht die Beschwerde ab. Erst kürzlich wurde die Lohngleichheit hergestellt, indem die Kindergärtnerinnen in dieselbe Lohnstufe wie die Primarlehrerinnen eingestuft wurden.

Migrationssprachen

Das Kindergartenseminar hatte Silvia in den 1970er Jahren in Estavayer-le-Lac, Kanton Fribourg, absolviert. Als sie zehn war, sind ihre Eltern mit der Familie in die Westschweiz gezogen, sodass sie ihre Jugend in der Romandie verbrachte. Schule und Ausbildung absolvierte Silvia ab diesem Zeitpunkt auf Französisch. Ihre Jugend in der Romandie förderte ganz allgemein ihr Interesse für Sprachen. Als in den 1980er Jahren Birsfelden eine der ersten Gemeinden war, in denen Deutsch als Zweitsprache (DaZ) mit entsprechenden zusätzlichen Ressourcen eingeführt wurde, übernahm Silvia lange auch DaZ. Die Situation von Zuwandererkindern kannte sie aus eigener Erfahrung. Besonderes Anliegen war ihr erst einmal, dass die Kinder Freude an der neuen Sprache bekommen, diese überhaupt erst einmal lernen wollen und sich für diese öffnen.

Kopflastiger Lehrplan 21

Den laufenden Reformen und Restrukturierungen steht Silvia skeptisch gegenüber. Sie hat den Eindruck, dass diese schon deswegen auf den Weg gebracht würden, um die Bürojobs zu legitimieren, die hinter diesen stecken. So entstehen zum Beispiel jedes Jahr neue Vorgaben und Formulare für Beurteilungsgespräche. Auch der neue Lehrplan 21 überzeuge nicht völlig. Spannend an diesem sei vor allem das Vernetzende, dies hänge jedoch letztlich nach wie vor sehr stark an den Personen. Während der alte Lehrplan klarere Vorgaben gemacht habe, sei der neue nun zwar offener. Dies sei aber nicht unbedingt eine Verbesserung, entscheidend sei mehr denn je die Arbeit der Lehrperson, die nun eigenständig einen Bogen von der zweiten zu den oberen Klassen herstellen müsse. Gerade für Lehrpersonen ohne differenzierte Fachausbildung und Erfahrung werde es somit nicht einfacher. Im Lehrplan 21 werde alles zu stark intellektualisiert. Die handwerklichen Techniken kämen zu kurz, stattdessen betone dieser stark das Reflektieren und Experimentieren. Beides hätte jedoch das Erproben und Kennlernen von Techniken zur Voraussetzung: Das Handwerk könne man nur reflektieren, wenn man handwerklich tätig ist. Kinder müssen zuallererst ihre Hände gebrauchen können. Im Werkunterricht gibt es Kinder, so Silvia, die haben eine Idee, und gehen dann ganz klar ihren Weg. Manchmal haben diese in Fächern wie Deutsch oder Mathematik Mühe, sind dann aber im Werkunterricht selbstständig und brillieren im Handwerk.

Selbstbestimmtes Engagement wird verhindert

Die Aufgaben für die Lehrpersonen nehmen immer mehr zu, zum Beispiel wird die Beteiligung an Arbeitsgruppen erwartet. Was Silvia daran betroffen macht, ist, dass den Lehrpersonen so Zeit und Energie für selbstbestimmtes Engagement an Punkten entzogen werde, bei denen man selber das Gefühl habe, dass dieses gerade hier wichtig sei. Das ist gefährlich, sagt Silvia, die Lehrpersonen werden so immer unmündiger gemacht. ■

vpod-Verbandskonferenz
Bildung, Erziehung,
Wissenschaft

vpod ssp

Foto: Valdemar Verissimo

Gute Arbeits-bedingungen für gute Bildung

Gesundheit, Arbeitsdruck und Arbeitsbedingungen

AZB
P.P. / Journal
CH-8036 Zürich

Retouren an: vpod, Postfach 8279, 8036 Zürich

16./17. März 2018 Freitag 16 Uhr bis Samstag 16 Uhr
in Neuchâtel

Der Arbeitsdruck in der Schule nimmt stetig zu. Jüngere Untersuchungen zeigen, dass 40 Prozent der Lehrpersonen Symptome von Burn-out und Erschöpfung zeigen. Viele Lehrpersonen fühlen sich als Opfer von schlecht geplanten, unterfinanzierten Reformen, die ihnen vieles abverlangen und wenig bringen. Immer mehr junge Lehrer und Lehrerinnen (und auch ältere) steigen aus. Gleichzeitig arbeiten im Bildungsbereich besonders viel überdurchschnittlich engagierte Personen.

Die Verbandskonferenz möchte Zusammenhänge zwischen Arbeitsbedingungen und Arbeitsdruck diskutieren. Was tun gegen Arbeitsdruck, Ausbrennen und Erschöpfung? Welche Spielräume gibt es und wie können wir sie als Gewerkschaft nutzen?

Programm

Arbeitsgruppen, Podiumsdiskussion und Debatten mit Kolleginnen und Kollegen aus der ganzen Schweiz: Was können wir tun, um die Arbeitsbedingungen im Bildungsbereich zu verbessern?

Vorträge

Laura Pooth (GEW Deutschland): «Nach den Daten wollen wir Taten» – eine GEW-Kampagne für gute Arbeitsbedingungen der Lehrpersonen;
Viviane Gonik (Arbeitswissenschaftlerin, Genf): Burnout – Wenn die Arbeit ihren Sinn verliert

Für Lehrerinnen und Lehrer aller Stufen, vom Kindergarten bis zur Hochschule
> Anmeldung in den VPOD-Regionalsekretariaten. www.vpod.ch